

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpiennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Goar- und Remelgebiet, Desterreich, Litauen, Rußland 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erdung und Aieingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Himmels- und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 23. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diktonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Spaltenbreite 4.70 Goldmark, Vielseitige 4.— Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0.20 Goldmark (außerhalb zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 0.10 Goldmark. Stellengeld des ersten Wort 0.10 Goldmark, jedes weitere Wort 0.05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0.30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Taler geteilt durch 4.20.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Rückgabe der deutschen Hoheitsrechte

Wenn Deutschland bis zum 14. August die Gesetze annimmt.

London, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Unterausschuß, der den Auftrag hatte, einen Plan über die Räumung des Ruhrgebietes anzuarbeiten, hat seine Arbeit beendet. Der Bericht darüber wird am Mittwochvormittag dem zweiten Ausschuß vorgelegt und dann der nachmittags stattfindenden Vollversammlung der Konferenz überreicht. Es herrscht allgemeine Befriedigung darüber, daß der Unterausschuß die sehr weit auseinandergehenden Gegenstände in dieser Angelegenheit hat überbrücken können.

Der Unterausschuß hatte die Aufgabe, die Maßnahmen zur Durchführung des Sachverständigenratsbeschlusses festzulegen. Er beschloß, daß die deutsche Regierung jetzt aufgefordert werden soll, bis zum 14. August die zur Durchführung des Beschlusses nötigen Gesetze der Reparationskommission zu überreichen. Von diesem Termin an soll innerhalb nur weniger Wochen an der Ruhr die wirtschaftliche Oberhoheit Deutschlands wieder eingesetzt werden. In der Zwischenzeit beabsichtigen die alliierten Mächte, über die völlige Freigabe der rheinischen Eisenbahnen zu beraten. Die Kommission gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine befriedigende Lösung dieser Frage erreicht wird.

London, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Einwände der internationalen Finanziers gegen das Beratungsergebnis der ersten Kommission richten sich nicht nur gegen die Einschaltung der Reparationskommission bei der Feststellung deutscher Verfassungen, sondern vor allem gegen die Möglichkeit eines separaten Vorgehens einzelner Mächte im Falle deutscher Unterlassungsläden. Das ergibt sich aus dem inzwischen veröffentlichten Wortlaut des Protokolls der ersten Kommission ganz deutlich. Es gestattet zweierlei Auslegung, und zwar die Berechtigung zu einem geschlossenen Vorgehen als auch die Annahme zur Berechtigung separater Aktionen. Diese Möglichkeit der Auslegung wird von der französischen Delegation nicht bestritten, sondern sogar als richtig bezeichnet. Außerdem richtet sich der Widerstand der internationalen Finanziers gegen das Vorgehen der französischen Delegation, einen Teil der Regie im besetzten Gebiet aufrechtzuerhalten. Schließlich verlangt insbesondere der Präsident der Bank von England die Einladung Deutschlands als gleichberechtigten Teilnehmer an den abschließenden Verhandlungen. Am Dienstagvormittag haben sich die Führer der einzelnen Delegationen unter dem Vorsitz Macdonalds mit der durch die Forderungen der Finanzwelt geschaffenen Lage beschäftigt. Außerdem fanden Beratungen sämtlicher alliierter Finanzsachverständigen mit dem Gouverneur der Bank von England Montague Norman, dem Vertreter des amerikanischen Bankhauses Morgan, Lamert, Mac Kenna und einem Vertreter der Londoner City statt.

Französische Presse und Bankier-Einspruch.

Ruhige Beurteilung — Hoffnung auf Erfolg der belgischen Kompromißformel.

Paris, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das veto der internationalen Finanz gegen das am Sonntag in der ersten Kommission der Londoner Konferenz zustande gekommene und von den alliierten Regierungen gutgeheißene Kompromiß in der Frage der Feststellung deutscher Verfassungen und ihrer Abhandlung wird in Paris, nachdem die erste Erregung, die der Alarm der nationalsozialistischen Presse ausgelöst hatte, sich etwas gelegt hat, weit weniger tragisch genommen als man hätte annehmen können. Auch in den Kreisen der französischen und belgischen Delegation scheint man aus den aus London vorliegenden Nachrichten die Situation durchaus ruhig und sachlich zu beurteilen und in der Intervention der Bankier keineswegs eine Bedrohung des Enderfolges

der Konferenz zu erblicken. Man ist bereit, den durch jene zum Ausdruck gebrachten Bedenken der Geldgeber Rechnung zu tragen.

Der belgische Ministerpräsident Theunis hat bereits eine Kompromißformel vorgeschlagen, die, wie es in einer offiziellen Mitteilung heißt, den § 7 des Anhangs II zu Teil 8 des Friedensvertrages zur Grundlage hat. Dieser Paragraph ermächtigt die Reparationskommission u. a., Sonderausschüsse zu bilden, deren Mitglieder nicht der Reparationskommission selbst angehören brauchen, und ihre Befugnisse und Vollmachten auf diese zu übertragen. Auf Grund dieses Paragraphen ist nicht nur die Einsetzung des ersten Bankierkomitees im Jahre 1922, sondern auch die des Komitees Dawes erfolgt. Die vorgeschlagene Lösung läuft also zweifellos darauf hinaus, daß die Reparationskommission bei ihren Beschlüssen über die Feststellung etwaiger deutscher Verfassungen

an das Gutachten einer von ihr selbst eingesetzten zweiten Instanz gebunden sein soll, die, wie man in Paris annimmt, entweder das Finanzkomitee des Völkerbundes oder eine aus ehemaligen Mitgliedern

des Komitees Dawes zusammengesetzte besondere Kommission sein wird. Man glaubt, damit die Form gefunden zu haben, die sowohl die Autorität der Reparationskommission wahrt, wie die Ansprüche der internationalen Finanz befriedigt. Dagegen scheint für die von den Geldgebern verlangte Garantie gegen französische Sonderaktionen vorläufig nicht ohne weiteres eine endgültige Lösung gefunden zu werden.

Die Einladung der deutschen Regierung

Zur Londoner Konferenz war am Dienstag Gegenstand eines neuen inoffiziellen Meinungsaustausches zwischen den alliierten Regierungschefs. Die englische Delegation ist gebeten worden, ihre Auffassung über diese Frage schriftlich niederzulegen. Die juristischen Sachverständigen der Konferenz haben darüber am Dienstag abend beraten. Die alliierten Ministerpräsidenten sollen in ihrer für Mittwoch anberaumten Sitzung einen endgültigen Beschluß fassen. Ueber die Haltung Frankreichs heißt es in einem offiziellen Kommuniqué: Die französische Delegation werde von dem Urteil ihrer juristischen Ratgeber die Entscheidung abhängig machen, ob die deutsche Delegation unmittelbar von der Konferenz oder in einem späteren Zeitpunkt von der Reparationskommission zu hören sei. Auf jeden Fall aber werde man von französischer Seite eine Diskussion mit Deutschland erst zulassen, wenn die Konferenz zu einer Verständigung über die Beschlüsse der drei Kommissionen gelangt sei.

Paris, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auch die Kommentare der Dienstagabend-Blätter zu der Wendung, die die Dinge auf der Londoner Konferenz am Montag genommen haben, sind außerordentlich gemäßig. Der „Temps“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es durch die von belgischer Seite vorgeschlagene Kompromißformel gelingen werde, das Hindernis zu überwinden. In diesem Zusammenhang richtet er an die oppositionelle Presse die Forderung, die Schwierigkeiten, mit denen die Konferenz zu kämpfen habe, nicht noch zu vergrößern. Die „Information“ erklärt, es handle sich bei der Intervention der englisch-amerikanischen Finanz weit weniger um eine Garantie für den verhältnismäßig niedrigen Betrag der Anleihe, als vielmehr darum, eine Sicherung zu erlangen gegen die Möglichkeiten neuer Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts und des internationalen Güterausstausches durch politische Abenteuer.

Forderungen der Deutschnationalen.

Zur Londoner Konferenz.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Dienstagabend folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Mehrheit des Reichstages hat, indem sie die erste Lesung des Protokolls auf Freitag verschob, es offensichtlich unmöglich gemacht, bei der einzigen sich bietenden Gelegenheit rechtzeitig im Reichstag die Richtlinien festzulegen, die von der Reichsregierung auf der Londoner Konferenz einzuhalten sind. Das ist um so unerantwortlicher, als die Politik der gegenwärtigen Reichsregierung zu Illusionen geführt hat. Die deutschnationale Reichstagsfraktion sieht sich deshalb genötigt, auf diesem Wege vor allem folgende Forderungen an die Regierung zu richten: 1. An den Verhandlungen der Londoner Konferenz darf die deutsche Regierung nur teilnehmen, wenn sie nicht zur Entgegennahme eines Diktats hingezogen, sondern als gleichberechtigter Teilnehmer zu den Verhandlungen eingeladen wird. 2. Alle von den Besatzungsbehörden während und nach dem Ruhrstreik verurteilten Gefangenen sind sofort freizugeben, alle aus dem alt- und neuvergebenen Gebiet ausgewiesenen sind in die Heimat zurückzuführen und in ihre Rechte wieder einzusetzen. 3. Die Einbruchs- und sogenannten Sanktionsgebiete sind unverzüglich wirtschaftlich freizugeben und militärisch zu räumen. 4. Für das altbesetzte Gebiet ist unverzüglich die wirtschaftliche und Verwaltungshoheit des Deutschen Reiches einschließlich der vollen Einheitlichkeit des Einbruchgebietes wieder herzustellen und die Anerkennung wieder zu sichern, daß die Fristen für die Räumung mit dem 10. Januar 1920 zu laufen begonnen haben. 5. Deutschland muß gegen zukünftige sogenannte Sanktionen in jeder Form gesichert sein. 6. Forderungen, die nicht wirklich erfüllt werden können, oder die gegen die Würde oder Unabhängigkeit Deutschlands verstoßen, dürfen nicht zugelassen werden. 7. Das der Wahrheit widersprechende Schuldbekenntnis des Artikels 231 des Versailler Vertrages ist in aller Form zu widerrufen. Abmachungen, die diesen Mindestbedingungen nicht entsprechen, werden wir uns mit allen Mitteln widersetzen.“

Als Bedingungen eines Siegers nach gewonnenem Sieg sind diese Forderungen ganz vernünftig, ja sogar gemäßig. Unter den gegebenen Verhältnissen sollen sie wohl dazu dienen, „der Regierung den Rücken zu stärken“ und den eigenen Umfall vorzubereiten.

Herriots Innenpolitik.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Paris, 21. Juli.

Die Liquidation der Politik des Bloc national stellt sich von Tag zu Tag mehr als eine Aufgabe heraus, die größere Geduld erfordert, als es die Optimisten bisher erhofft hatten. Innenpolitisch hat sich das Ministerium Herriot bis jetzt nur auf einige Gesetze beschränken müssen, die zwar nicht ohne Bedeutung sind, aber immerhin die Grundprobleme nicht berühren.

Zunächst hat der Antrag der Regierung, die Ueberführung von Jean Jaurès nach dem Pantheon vorzunehmen, insbesondere die Begründung, in der Jaurès als einer der größten Geister und der vorbildlichsten Friedensfreunde gefeiert wird, im Lager der Reaktion Entrüstung hervorgerufen. Im Herriot'schen Blätterwald wurde ein starker Unwille entfacht, als der Unterrichtsminister die Abschaffung der Klasse von Bernard ankündigte, die den höheren Unterricht für die besitzenden Klassen monopolisieren. Auch die Verleibung der Amnestie in der Kammer und das Drängen der Regierung, den größten Teil der von den Kriegsgerichten Verurteilten zu begnadigen, veranlaßte die Nationalisten zu wilden demagogischen Angriffen gegen Herriot. Schließlich rief die Erklärung des Arbeitsministers in Genf, der den Achtstundentag als unantastbare Errungenschaft der Arbeiterschaft feierte, im Lager der Großindustriellen, die unter der Herrschaft des Bloc national den Abbau des Achtstundentages vorbereiten durften, starke Proteste hervor.

Erst in den kommenden Sessionen wird der eigentliche Kampf um die Verwirklichung der hauptsächlichsten Punkte des Wahlprogramms der Linken beginnen, und zwar wenn es sich darum handelt, das Steuersystem in neue Bahnen zu lenken und dem Budget ehrlichere Grundlagen zu geben, als es zum Schluß des Bloc-national-Regimes, z. B. unter Herrn de Lasteyrie (der übrigens völlig von der politischen Bildfläche verschwunden ist) der Fall war.

Die Klippen, auf die Herriot innenpolitisch stoßen wird, sind weder weniger gefährlich noch weniger zahlreich als diejenigen auf dem außenpolitischen Gebiet. Zwei der gefährlichsten hängen mit dem großen Problem des Merkantilismus zusammen. Seit der Durchführung der Trennung von Kirche und Staat vor zwanzig Jahren schien dieses Problem endgültig erledigt. Als eine Folge des Krieges und der Rolle, die sich der politisch aktive katholische Klerus wieder zu erringen mußte, nicht zuletzt aber auch infolge der Rückkehr des Elfaß an Frankreich und der provisorischen Aufrechterhaltung des Konkordats in den drei Ostdepartements gibt es heute wieder eine kirchliche Frage in Frankreich. Unter dem Bloc national wurden zwar die weltlichen Gesetze als „unantastbare Gesetze der dritten Republik“ proklamiert — sowohl von Clemenceau als von Millerand und von Poincaré. — aber bei offizieller Aufrechterhaltung aller Gesetze fand eine langsame Durchdringung des offiziellen Geistes mit kirchlichen Auffassungen statt, und da sich in Frankreich stärker als sonst in irgendeinem anderen Land Merkantilismus und reaktionärer Chauvinismus bedeu, haben die Republikaner der Linken darin eine der gefährlichsten Bedrohungen der Republik. Das allein erklärt die Heftigkeit, mit der von radikal-sozialistischer Seite gegen die Wiederherstellung einer französischen Bottschaft am Vatikan angefaßt wurde und wird. Die politisch-diplomatischen Vorteile, die eine solche Vertretung Frankreichs am Vatikan haben kann, sind allen klar, wenn man auch über deren wirkliche Bedeutung sehr verschiedener Meinung ist. Schwerer wiegt in den Augen des größten Teiles der Linken die Tatsache, daß die Wiederherstellung der Bottschaft am Vatikan wie das Symbol eines Wiederaufstiegs des Merkantilismus wirkt und bei allen Feinden der weltlichen Gesetzgebung den Willen zum Kampf stärkt.

Die Liquidation dieses kirchlichen Geistes wird eine der schwersten Aufgaben sein, vor der sich die neue Kommunezeit und ihre Regierung gestellt sehen. An dem konkreten Problem der Einführung der weltlichen Gesetze im Elfaß und in Lothringen werden sich die Kräfte in fast entscheidender Weise messen können. Der elsässische Merkantilismus hat die „Generalmobilisation“ — einen Ausdruck, den man jeden Tag in der elsässischen kirchlich-nationalistischen Presse findet — proklamiert zum Kampf gegen die Weltlichkeit, vor allem gegen die weltliche Schule. Leute, die im letzten Wahlkampf nicht vor der wilden chauvinistischen Deutschenhege zurückschreckten, greifen jetzt, angeblich zur „Rettung der Religion“ auf die „frühere deutsche Toleranz in religiösen Sachen“ zurück.

Da man in Paris den Anschein vermeiden will, als soll gegen den Willen der Elässer und Lothringer gehandelt werden, ist die Entrüstungskampagne der elsässischen Merkantilisten nicht ganz ohne Wirkung geblieben. Für Herriot bildet die Einführung der in den letzten 86 Departements Frankreichs bestehenden weltlichen Gesetzgebung im Elfaß eine der schwierigsten Fragen. Im Senat besteht die ganze Vertretung des Elfaß und Lothringens aus Leuten, die zum Bloc national gehören; nur ein einziger der elsässischen Senatoren, General Taufflieb, hat es gewagt, sich gegen den Terror

des Merkmalismus aufzuweichen. Im Herbst wird die Frage wohl akut, da man annehmen darf, daß dann die von der Regierung angefügten Projekte in der Kammer eingebracht werden.

Die Reaktion, die nicht mehr viel Hoffnung hat, Herriot im Stachelrath der auswärtigen Fragen zu fangen, wird alles daran setzen, um ihn innerpolitische Fallen so zahlreich wie möglich zu legen. Da ihre böse Absicht aber gar zu offen ist, dürfte sich der Ministerpräsident, wenigstens bis zu einem gewissen Grad, dagegen zu schützen wissen. Die Linksmehrheit wird nicht von ihm verlangen, daß er rascher handle, als es die zum Teil unglückliche Konstellation im Senat und in der Kammer klug erscheinen läßt. Wäre am 11. Mai nicht durch die kommunistische Liste verhindert worden, daß dem Bloc national noch etwa weitere 50 Sitze abgenommen wurden, so wäre die Linksmehrheit wesentlich stärker und die Liquidation der Bloc-national-Politik würde nicht so viel tastende Vorsicht erfordern, als es jetzt der Fall ist.

Tirpitz läßt sich interviewen. Sonderbare Widersprüche.

Der verstorbene Staatssekretär v. Rüdern-Bücher hat in seinen Denkwürdigkeiten auf die Gefahren hingewiesen, mit denen das Anhören einer Tirpitz-Rede verbunden ist. Eine mutige Amerikanerin ist aber ohne Rücksicht auf etwa sich bietende Balken zum Großadmiral vorgedrungen und hat ihn für den „International News Service“ interviewt. Die Scherzpresse ist dank ihrer guten Beziehungen zum Großadmiral schon jetzt in der Lage, das Interview ausführlich wiedergeben zu können.

Herr v. Tirpitz erklärte, der Dawes-Plan sei ein Schwertstoß ins Herz des deutschen Volkes, er wirke tödlich und diene der Absicht der alliierten Diplomatie, Deutschland sicher zu vernichten. Dabei sagte er wörtlich:

„Die Alliierten wußten, daß ich als Kanzler mich der Annahme des Dawes-Berichtes in seiner jetzigen Form widersetzen würde, deshalb wurde von ihnen gegen meine Benennung Einspruch erhoben.“

Die Herrn v. Tirpitz so nahestehende Scherzpresse hat kein gutes Gedächtnis und ihre Behauptungen haben kurze Weile. War sie es doch, die vor ein paar Wochen — als Herr v. Tirpitz auf das Kanzleramt aspirierte — die Versicherung abgab, in London sei sondiert worden und Herr v. Tirpitz sei den Engländern genehm. Wenn jetzt der Meister selbst behauptet, die Alliierten hätten gegen ihn als Kanzler Einspruch erhoben, so ist das genau so wahr wie die Behauptung seiner Gesellen von damals. Ein Einspruch der Alliierten gegen die Ernennung des Herrn v. Tirpitz ist nicht erfolgt.

Soweit die feststellbaren Wahrheiten. Darüber hinaus wird aber im Reichstag allgemein erzählt, Herr v. Tirpitz sei schon seit längerer Zeit im deutschnationalen Lager für die Annahme des Dawes-Planes tätig. Man behauptet, der Reichsminister des alldeutschen Herrn Claß, der deutschnationalen Kampf gegen den Dawes-Plan sei gar nicht ernst gemeint, richte sich ganz besonders gegen Herrn v. Tirpitz. Wie erklären sich solche Widersprüche? Liegt hier etwa ein neuer Fall kaiserlich-deutscher Marinediplomatie vor?

Der Ansturm der Kreditsucher. Stundungsgehe für Steuern.

Bei den zuständigen Stellen häufen sich jetzt die Forderungen nach einem Nachlaß oder nach einer langfristigen allgemeinen Stundung von Steuern. Gleichzeitig versucht man das Reich für die herrschende Kreditnot verantwortlich zu machen und fordert in machendem Maße Kredite für die Privatwirtschaft, um der Wirtschaftskrise zu begegnen. Es gibt sogar Kreise, die dabei gar

eine „keine Inflation“ gern in Kauf nehmen würden. Wo das enden müßte, haben die Erfahrungen des letzten Jahres nur allzu deutlich gezeigt: in dem Zusammenbruch der Währung und der Wirtschaft.

Dabei gibt die allgemeine Verfassung der Reichsfinanzen keineswegs Veranlassung zu irgendeinem Optimismus. Die Sondereinnahmen, die durch die Rentenbankkredite und durch einmalige Sondersteuern im letzten Jahre dem Reiche erschlossen wurden, kommen in nächster Zeit in Fortfall. Der zeitweilige Ueberfluß an Geld, den die Reichskasse aufwies, hat bereits aufgehört; der große Bestand öffentlicher Kassen bei der Reichsbank war übrigens nur zu einem Teil auf Reichsgelder zurückzuführen, ein wesentlicher Teil gehörte vielmehr anderen öffentlichen Organen. Das Defizit von 470 Millionen Goldmark, das der Reichshaushalt vor sich, wird ebenso wie gewisse Zahlungen für die Besetzung erst dann abgebürdet sein, wenn das Dawes-Gutachten in Kraft ist. Es ist also nicht möglich, eine allgemeine Stundung von Steuern zu gewähren. Im Reichsfinanzministerium ist man sich darüber klar, daß es auch in Zeiten einer allgemeinen Notlage immer noch genug einzelne Steuerzahler gibt, die durchaus leistungsfähig sind und die deshalb keiner Schonung bedürfen. Für sie wäre die Stundung gänzlich ungerechtfertigt. Ebenso können diejenigen Steuern nicht gestundet werden, die auf dem Umsatz lasten und die von dem Verkäufer tatsächlich erhoben werden. Diese müssen vielmehr sobald als möglich in die Reichskassen gelangen. Stundungen kommen also nur in begründeten Einzelfällen in Betracht, für die das Reichsfinanzministerium bereits Richtlinien herausgegeben hat. In keinem Falle will man durch weitgehende Kreditgewährung oder Steuerstundung die Gefahr einer Inflation wieder heraufbeschwören. Eine Erleichterung der allgemein gespannten Kreditlage kann auch nicht vom Reiche her erwartet werden; Voraussetzung dafür ist die Durchführung des Dawes-Gutachtens. Erst dann werden Auslandskredite für die Industrie verfügbar, die zur Entpannung der Kreditnot beitragen können, wenn man sich auch darüber seiner Täuschung hingeben darf, daß übertriebene Hoffnungen keineswegs gerechtfertigt sind.

Für die besetzten Gebiete.

Annahme eines sozialdemokratischen Antrags.

Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete beschäftigte sich am Dienstag mit der Frage der Wohnungsbeschaffung, die im besetzten Gebiet angesichts der Rückkehrgenehmigung für die Ausgewiesenen besonders dringlich geworden ist. Erfreulich war die Mitteilung, daß mit Unterstützung der Post-, Eisenbahn- und Finanzverwaltung die begonnenen reichseigenen Wohnungen — über 3000 — bis auf einen kleinen Rest fertiggestellt sind. Dem Wohnungsmangel, der durch die Rückkehr von Zehntausenden eine ungeheure Steigerung erfährt, ist damit aber noch keineswegs gesteuert. Hier muß das Reich weiterhin mit Krediten einspringen. Dieser Einsicht konnten sich auch die bürgerlichen Parteien nicht verschließen und so fand ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig Annahme, daß den Gemeinden des besetzten Gebietes, die besonders stark unter dem Wohnungsmangel leiden und Ausgewiesene in größerer Zahl wieder aufnehmen müssen,

Reichskredite in einer Höhe von mindestens 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden sollen. Gen. Robert Schmidt, der den Antrag vortrug, warf den Gemeinden ihre mangelnde Erfüllung bei der Handhabung der Verordnung zur Beschlagnahme von Wohnungen vor und kritisierte die läßliche Behandlung, die den Zwangswohnquartieren vielfach von Wohnungsinhabern und Hausbesitzern, nicht zuecht von solchen, die sich sonst nicht „national“ genug gebärden können, zuteil wird. Die bürgerlichen Parteien verhalten ferner einem deutschnationalen Antrag zur Annahme, der die Reichsregierung zum schärfsten Widerstand gegen die Befassung ausländischer Eisenbahnen auffordert. Gen. Schmidt wandte sich bei allem sachlichen Einverständnis mit dem Antrag gegen die natio-

nalistische Tendenz desselben. Einstimmig angenommen wurde ein Zentrumsantrag, der die Reichsregierung zur Befestigung der Paß- und Einreiseschwierigkeiten auffordert.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Vorkommensausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Dienstagvormittag vor der Plenarsitzung mit der Vertellung des Beratungstoffes auf die nächsten Sitzungen. Am Mittwoch und Donnerstag sollen die Anträge zur Verhandlung gelangen, die der Sozialpolitische Ausschuß und der Kriegsbeschädigtenausschuß vorbereitet haben. Am Freitag wird im Rahmen der Beratung des Rotetats eine allgemeine politische Aussprache, auch über die Außenpolitik, soweit das beim Stande der Londoner Konferenz möglich ist, stattfinden.

Verfassungsfeier in Weimar.

Weimar, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am 10. August findet in Weimar eine Verfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt, an der aller Wahrscheinlichkeit nach der Reichspräsident Ebert teilnehmen wird. Außer vielen tausend Delegierten aus dem Reiche werden u. a. auch General v. Deimling, die Abgeordneten Lube, Fejrenbach, sowie Friß v. Unruh und andere Vertreter der republikanischen Idee erwartet. Nach den bis jetzt bekanntgewordenen Richtlinien wird das Reichsbanner der Träger einer republikanischen Rundgebung größten Stils werden.

Dänemark rüstet ab.

Kopenhagen, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Verteidigungsminister des sozialdemokratischen Kabinetts Staung hat jetzt seinen Abrüstungsvorschlag fertiggestellt. In ihm ist die völlige Abrüstung von Heer und Flotte vorgesehen. Das Kriegsministerium soll aufgelöst werden. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ist durch eine Reservepolizei in Stärke von 7000 Mann geplant, deren Angehörige 3-4 Monate ausgebildet werden und sich dann der Polizei jederzeit im Bedarfsfälle innerhalb einer Frist von 24 Stunden zur Verfügung stellen sollen. Diese Hilfspolizei wird dem Staatsministerium unterstellt. Die Aufrechterhaltung der Fischereinspektion und des Zollwesens ist durch die Benützung eines Teiles der vorhandenen Kreuzer und Torpedoboote und ihren Zusammenschluß als Seepolizei beabsichtigt. Die Durchführung dieses Planes würde insgesamt für die Hilfs- und Seepolizei 11-12 Millionen Kronen jährlich kosten, während der bisherige Aufwand für die Unterhaltung der Truppen usw. mit 60 Millionen Kronen veranschlagt wurde. Der Vorschlag sieht für die Verwirklichung eine Frist von 3-4 Jahren vor. Seine Verwirklichung würde außerdem dazu führen, daß die Gebäude der Heresperwaltung in einem Gesamtwerte von 400 Millionen Kronen teilweise für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Verteidigungsminister hat die Absicht, für den Fall, daß er im Reichstag eine Mehrheit für seinen Plan nicht erhält, eine Volksabstimmung vornehmen zu lassen. Der Völkerverbund ist bereits über die Absicht der dänischen Regierung unterrichtet. Aktuell wird die Frage in Dänemark erst, sobald der Reichstag im September zusammengetreten ist.

Kein Bombenattentat in Plevna. Von dem Verband bulgarischer Journalisten in Deutschland wird uns erflärt, daß die auch von uns übernommene All-Nachricht, wonach das Bulgarijpräsidium in Plevna in die Luft gesprengt worden sei, unrichtig sei. Nach den inzwischen eingetroffenen bulgarischen Blättern sei nur richtig, daß der Leiter eines dortigen Polizeirevieres von einem von ihm verfolgten Kommunisten erschossen worden sei. Ebenso sei kürzlich in andern Blättern von einem Bombenattentat in Sofia die Rede gewesen, derartiges habe sich aber nicht ereignet.

Frisch von der Leber weg.

Rusterbriefe von Hans Rabautermann.

Manche im übrigen recht brauchbare Menschen geraten in Verlegenheit, wenn sie etwas Schriftliches aus der Hand geben sollen. Die reichlich vorhandenen Briefsteller, bestimmt, diese Hilfslosigkeit zu erlösen, sind meistens veraltet, langstielig, strotzend vor Schwallen und zeigen durch die Bank einen solchen Mangel an Frische und Originalität, daß man sich Schwierigkeiten hat, mit den dort verzeichneten Mustern einen Hund hinterm Ofen vorzuladen. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, werde ich in zwangloser Folge einige Rusterbriefe für Beamte und Privatbürger veröffentlichen. Da sie von modernem Geist getragen sind, empfiehlt es sich, sie auszuschnneiden und hinter den Spiegel zu stecken.

Für Beamte.

A. Note an das Ausland.

Sehr geehrter Herr Präsident! Nach der Ueberzeugung der vernünftigen Mitglieder des Kabinetts wird hierorts Gewicht darauf gelegt, die republikanische Staatsform aufrechtzuerhalten. Obwohl das Deutsche Reich mit seinem letzten Monarchen nebst Anhang schlechte Erfahrungen gemacht hat, erörnt doch in manchen Volkskreisen der Seufzer: „War es nicht unter Wilhelm besser?“ Nach gewissen kraftvollen Aktionen von außerdeutscher Seite verdrängt sich zuweilen dieser Seufzer zu dem sehnlichstigen Wunsch nach Rückkehr hohenzollernischer Zeiten. Die erwähnten vernünftigen Mitglieder des Kabinetts würden aber eine Verwirklichung dieses Wunsches für unzumutbar halten. Ich bitte daher, soweit es an Ihnen liegt, dem Kabinett die Aufrechterhaltung der augenblicklichen deutschen Staatsform nicht zu erschweren und unseren Standpunkt bei etwaigen Endberatungen mit in Betracht zu ziehen. Was den Krieg anbetrifft, so hat — Kriegsschuld hin, Kriegsschuld her — das Gros des Volkes ihn nicht entseht. Es müßte bloß rein in den Schützengräben sein. Na, und die Regierungen von damals sind ja schließlich nicht mehr da, womit eigentlich eine neue Schlage geschaffen ist. Die erwähnten Mitglieder des deutschen Kabinetts würden es ganz willig finden, wenn die Welt einmal zu einem wirklichen Frieden käme.

Mit besten Grüßen, auch an Ihre liebe Gattin, Ihr
..... Reichstagsler.

B. Note an das feindliche Inland.

Bester Herr Ministerpräsident! Vielleicht ist Ihnen schon aufgefallen, daß die Gepflogenheit des Deutschen Reiches, in Bundesstaaten zu zerfallen, bei Licht besehen, abern wirkt. Solange es noch läßlich war, gekörnte Häupter berufsmäßig mit der Verwirrung der politischen Ereignisse zu betrauen, war die Sache einigermaßen verständlich, indem die Durchföhrung einer möglichst großen Zahl von Vertretern des Gottesgnadenstums mit den Großen des sowieso darbenenden Volkes erreicht wurde. Die Revolution hat ja mancherlei Fortschritte und Verbesserungen gezeitigt. Durch ein bedauerliches Versehen ist aber damals in der Eile verabsäumt worden, ein einheitliches Deutsches Reich zu schaffen. Der bestehende Verein aus- einanderstrebender Länder, die auf ein unversehrtes Preßige mehr

Gewicht legen als auf die Zufriedenheit der Einwohner, trägt täglich zur Erberterung der Welt bei, in der ein so spazierender Staat beispiellos dastehet. Die Reichsregierung hat nichts dagegen, daß sich Ihre Beamten die Landeskokarden an die Hüften nähren oder sonstige ihre Selbstständigkeit dokumentieren, ist aber grundfänglich dagegen, daß Sie sich ein besonderes Strafrecht zulegen, Landesverweise aussprechen oder Pöhlstitionen ausheden. Die Reichsregierung bittet Sie daher, baldmöglichst auf einer Postkarte mitzuteilen, ob Sie, Herr Ministerpräsident, für Ihre Person das Bestehen eines Deutschen Reiches anerkennen.

Wählungsroll

Reichstagsler.

Für Untertanen.

Verlobungsanzeige.

Nach Abschluß der Kämpfe mit meinen Schwiegereltern habe ich mich mit Fräulein Elisabeth Krause, 21 Jahre alt, unbescholten, verlobt. Sie bestimmt eine fast neue Kücheneinrichtung, ein sehr gut erhaltenes Paneelelsofa und 370 M. in bar mit.

Glückwunsch zur Verlobung.

Zu dem folgenschweren Schritt, zu dem Sie sich haben hinreißten lassen, gestatte ich mir, Ihnen herzlichst zu gratulieren. Eine Verlobung ist ja noch keine Heirat, und so besteht immer noch die Hoffnung, daß die Angelegenheit einen ungefährlichen Verlauf nimmt.

Mit bestem Gruß an Ihre Schwiegereltern
.....

Kuno Fischer.

(Zu seinem heutigen 100. Geburtstag.)

Neuschöpfen und verändern oder reproduzieren und beschreiben sind die morkanen Pole geistiger Tätigkeit. Der Komponist und der Kapellmeister, der Dichter und der Schauspieler, der Politiker und der Historiker veranschaulichen am trefflichsten das Bild. Ebenso auch in der Philosophie die Systeme und die Geschichte der Philosophie. Ähnlich wie in der Kunst die Nachwelt nur dem Dichter Kränze schießt, den einst gefeierten Rimen jedoch rasch der Vergessenheit überliefert, tritt auch in der Philosophie der kommentierende Lehrer völlig zurück gegenüber dem neuschöpfenden Philosophen. Plato und Aristoteles, Spinoza und Kant leben ewig. Diejenigen aber, welche die Lehren dieser Größen durch verständnisvolle Erklärung der Menschheit näher brachten, sind rasch vergessen. So wird auch Kuno Fischer, der einst gefeierte deutsche Philosophieprofessor, heute nur wenig mehr genannt.

In Vollendung der Dozentenleistung Hegels, welcher zum ersten Male die Geschichte der Philosophie an Stelle einer geistlosen Kuriositätenansammlung zu einer Wissenschaft erhob, gelang es dem am 23. Juli 1824 in Schlefien geborenen Pfarrerssohn, in einer viele Jahrzehnte langen Lehrtätigkeit Triumphe einzudeckeln, wie sie vor ihm fast nur Hegel beschreiben warden. Ohne daß er die Philosophie durch eigene Schöpfung bereicherte, wurde Kuno Fischer durch das Kunstwerk seiner Darstellung der Stern der deutschen philosophischen Wissenschaft, Vergöttert von seinen Schülern, die von

seinem laugroben Wesen und seiner fast krankhaften, durch den Arzneizettel noch verschärften Ueberhebtigkeit zahlreiche Anecdoten zu erzählen wissen, und gefeiert von der wissenschaftlichen Welt, die seine glänzend geschriebene zehnbändige „Geschichte der Neueren Philosophie“, seinen Faustkommentar ufl. hinnahm, wie sonst nur das Werk eines selbstschöpferischen philosophischen Genies, wuchs Kuno Fischer zu einer fast legendären Gestalt empor. Heute ist der am 5. Juli 1907 Verstorbene außerhalb Heidelbergs fast vergessen. E. Grünebaum-Heidelberg.

Beginn der Bayreuther Festspiele. Nach zehnjähriger Pause haben gestern nachmittags 4 Uhr die Wagner-Festspiele in Bayreuth mit einer Aufführung der „Meisteringer“ wieder begonnen. Der Andrang aus dem In- und Auslande war sehr stark, der Verkauf des ausverkauften Hauses stürmisch.

Jacob, Gau und Odin im englischen Parlament. Großes Geschäfter herrschte im englischen Unterhaus an einem der letzten Sitzungstage, als der schottische Abgeordnete David Kirkwood ein Gesetz einbrachte, dem zufolge der „Stein des Schicksals“, der sich jetzt in dem Krönungssessel der Westminster Abtei befindet, nach Edinburgh zurückbesördert werden soll. Der Vertreter Schottlands präsidierte diesen „Stein des Schicksals“ als ein schottisches Nationalheiligtum, das vor etwa 600 Jahren von König Edward I. widerrechtlich den Schotten geraubt und nach England gebracht worden ist. In der Hand mehrerer Bücher, aus denen er einzelne Stellen verlas, wies Kirkwood darauf hin, daß dieser Stein, den er als einen gewöhnlichen roten schottischen Sandstein anerkennen mußte, nach der Ueberlieferung dem Patriarchen Jakob zum Kissen gedient habe, als er vor seinem Bruder Gau, den er des Erbgeburtsrechtes beraubt hatte, fliehen mußte. Jakobs Familie habe diesen Stein sorgfältig bewahrt, ihn nach Veggippen mitgenommen, und von dort sei er lange Zeit vor Christus nach Schottland gebracht worden. Das erzählten noch immer die bekannten „ältesten Leute“. Aber auch wenn man diese Geschichte ins Reich der Fabel verwelfen wolle, so sei und bleibe der Stein das Stänbild der schottischen Nationalität, und nachdem er widerrechtlich von einem englischen Herrscher geraubt worden sei, müsse er Schottland wieder zurückgegeben werden. Auf diese fulminante Rede erwiderte Lord Keston in kühlerer Form: „Mr. Kirkwood irrte sich“, sagte er. „Die Dots- sage weiß nichts mehr von den Erzvätern Israels, sondern nach ihr hat der Gott Odin diesen Stein auf einen seiner „Kollagen“ geworfen, der ein Auge auf seine Frau gerichtet hatte. Da er ihn nicht traf, so fiel der göttliche Stein zur Erde, und zwar unter die Schotten, die ihn lange Zeit bewahrt haben als Warnung für jeden Erblichen, der sich deselben Verbrechens schuldig machen würde, das der Gott mit dem Stein bestrafen wollte. Wenn sich der Stein heute in England befindet, so ist er von Edward I., der die Schotten heute in England gefangen hat, als „Reparationszahlung“ mitgebracht worden.“ Nach einer stürmischen Abstimmung errang Kirkwood das Recht, sein Gesetz einzubringen; für die Durchführung bestehen allerdings keine Aussichten.

Große Goldfunde in Australien. Eine reiche Goldader ist, wie aus Sydney gemeldet wird, in der Nähe des alten Kolonialfeldes im südlichen New-Südwales entdeckt worden. Man rechnet bei der Ausbeutung mit 10 Unzen Gold auf eine Tonne. Die Sachverständigen sind davon überzeugt, daß hier sehr große Goldmengen gutage gefördert werden.

Reichstagsbeginn.

Als Präsident Ballraf um 3 1/2 Uhr die Sitzung eröffnet, rufen die Kommunisten: „Her aus mit den politischen Gefangenen! Amnestie! Amnestie!“ Nach einigen Minuten legt sich der Lärm und die geschäftlichen Mitteilungen des Präsidenten werden ohne weitere Störung angehört. Der Reichsminister des Innern erfucht u. a. um Genehmigung zur Verhaftung und Strafverfolgung des Abg. Kah (Komm.) wegen Hochverrats. Die Angelegenheit wird dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Reichsminister Ballraf kommt dann auf die in der letzten Sitzung vom Reichspräsidenten Abg. Grafen Reventlow gegen die Reichsregierung gerichteten Bemerkungen zurück und ruft den Abg. Reventlow deswegen nachträglich zur Ordnung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die von den Kommunisten eingebrachte

Interpellation gegen die gerichtlich-polizeiliche Durchsuchung der kommunistischen Fraktionszimmer.

Die Reichsregierung hat dazu erklärt, daß sie eine Beantwortung der Interpellation ablehne, da es sich um eine richterliche Maßnahme handle. (Rufe der Komm.: Freiheit!)

Außerdem liegen zu dieser Angelegenheit kommunistische Anträge vor, dem Präsidenten das Mißtrauen auszusprechen und die Verfassung dahin ändern wollen, daß Art. 38 Abs. 2 der Reichsverfassung folgende Fassung erhält: „Eine Durchsuchung oder Beschlagnahme darf in den Räumen des Reichstags oder eines Landtags nicht vorgenommen werden.“

Präsident Ballraf gibt zur Einleitung der Debatte eine Darstellung des schon bekannten Sachverhalts und der Verhandlungen, die der Durchsuchung der Fraktionszimmer vorausgingen. Als er erklärte, er habe dem Untersuchungsrichter die Zustimmung erteilt, brechen die Kommunisten in stürmische Proteste aus. Einige Nationalisten rufen zurück: „Iuden haben das Maul zu halten!“ Kommunistischer Gegenruf: „Politische Luftmarder!“ Präsident Ballraf rechtfertigt sein Verhalten und erklärt zum Schluß unter großem Lärm der Kommunisten: Ein Staat, der sich nicht gegen gewaltsamen Umsturz wehrt, gibt sich selbst auf!

Abg. Kah (Komm.) wendet sich bei der Begründung der kommunistischen Anträge scharf gegen Ballraf. Dieser habe geflissentlich mit seinem Rechts- und Verfassungsbruch gewartet, bis der Reichstag nicht mehr zusammen war. Den Verfassungsbruch habe der Präsident bewußt verübt. Der Präsident habe in leichfertiger Weise die kommunistische Partei verleumdet und beleidigt. Es wiederhole sich jetzt die verlogene Mordebedeutung gegen die Kommunisten, wie sie von Kero gegen die ersten Christen, von Bismarck gegen die Sozialdemokraten verbreitet wurde, um einen Vorwand zur politischen Unterdrückung zu schaffen. Der Staatsanwalt sei nur das ausübende Organ der jetzigen Schieberregierung. Die politischen Mörder seien bei den Deutschen und Deutschnationalen zu suchen. (Lärm rechts.) Der deutschnationale Landtagsabg. v. Kries habe vor dem Rathenau-Mord einen der Mörder zu der „beabsichtigten vaterländischen Tat“ beglückwünscht. (Lärm rechts und bei den Komm.) Das von Spiehl gegen die Kommunisten zusammengetragene Material habe sich als eitel Schwindel erwiesen. Der Redner sucht dies an Einzelfällen nachzuweisen. In der deutschnationalen Presse des Bundes werde dagegen ungeheuer viel über die Verbrechen gegen Kommunisten und Republikaner aufgeführt. Von dem Epistel Haarmann über den Staatsanwalt Bogt bis zu den höchsten Spitzen der Regierung zeigt sich eine einzige Mordeorganisationslinie gegen die Kommunisten. Der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof Landgerichtsdirektor Bogt ist ein extremer Deutschnationaler, der aus seinem Hohn gegen die Republik nie ein Hehl gemacht hat. (Auf der Komm.: Daher die Brüderlichkeit mit Ballraf.) Bogt hat die Durchsuchung ohne jeden Auftrag und jede Kenntnis des Reichsjustizministeriums oder des Staatsgerichtspräsidenten aus seiner eigenen politischen Leidenschaft heraus unternommen. (Hört! hört! links.) Der Präsident des Staatsgerichtshofs hat das Verhalten Bogts bei der Durchsuchung durchaus gemilligt. (Hört! hört!) Ballraf hat bemerkt die Verfassung gebrochen und das Gesetz verletzt. Der Redner sucht dies aus der Verfassung und den Erklärungen des vorkommenden Abg. Dr. Kahl in der Nationalversammlung nachzuweisen. Präsident Ballraf habe gezeugt, daß er unfähig sei, Gesetze zu lesen. Er sei unbrauchbar als Präsident und gehöre vor den Staatsgerichtshof.

Abg. Graf Westarp (Dnall.) bezeichnet die Rede des Abg. Kah als einen total missglückten Verteidigungsversuch der Kommunisten. Unter großem Lärm der Kommunisten erklärt er weiter, diese Ausführungen hätten die Würde des Hauses in schwerster Weise verletzt. Herr Kah habe die Verteilung in der Art des Mannes geföhrt, dem Augenzeugen seiner Tat entgegengesetzt werden und der darauf sagt: Ich kann hunderttausend Zeugen bringen, die nichts davon gesehen haben! (Große Heiterkeit.) Den Mißtrauensantrag gegen den Präsidenten würden die Deutschnationalen sofort ablehnen, die übrigen Anträge könnten dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen werden. Die Beschwerden gegen den Präsidenten seien durchaus unbegründet. (Lärm und ironische Hurra-Rufe der Kommunisten.)

Abg. Dr. Levi (Soz.) beantragt Ueberweisung der Anträge an den Geschäftsordnungsausschuss. Der Präsident sei bei dieser Angelegenheit leider infolge von der bisherigen Uebung abgewichen, als er mit dem Untersuchungsrichter direkt in Verkehr trat, statt die Verhandlungen mit der zuständigen Zentralinstanz, dem Reichsinnenministerium zu führen. (Widerspruch und Unruhe rechts.) Es handle sich bei der Durchsuchung um Handlungen, die dem Zweck und Sinn der Verfassung nicht entsprechen. Der Präsident habe offenbar den Sinn des Artikels 38 der Verfassung mißverstanden. Die Annuität der Abgeordneten sei hier im Widerspruch zur Verfassung und zur Strafprozessordnung verletzt worden. Wenn der Untersuchungsrichter Bogt tatsächlich von der Justizbehörde als Richter, fähiger Beamter betrachtet wird, dann ließe für sein Verhalten nur die Erklärung, daß er bewußt Verfassung und Strafprozessordnung verletzt hat. Wer in dieser Weise unter Verletzung des Gesetzes Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen vornimmt, der begeht als Richter einen Einbruchsdiebstahl. Aus dem Vorgehen des Untersuchungsrichters Bogt spricht der Hohn gegen die Republik und den Reichstag. (Rufe rechts: Und Keiner!) Der Landtagspräsident Keiner ist vom Untersuchungsrichter Bogt ebenso getäuscht worden wie Präsident Ballraf; aber der soll Ballraf trotz des Beschlusses, weil hier noch in einem späteren Stadium eine zweite Genehmigung erteilt wurde. Es kann nicht angehen, daß der Schutz der Verfassung einem Untersuchungsrichter anvertraut bleibt, der in dieser Weise die Verfassung verletzt. (Beifall bei den Soz.)

Präsident Ballraf widerspricht der Meinung, daß bisher die Reichstagspräsidenten nur mit den Zentralinstanzen verkehrt hätten. Er erklärt weiter: Ich habe mich des alten deutschen Rechtsbewußtseins erinnert, daß man dem Angegriffenen möglichst Freiheit in der Verteidigung lassen soll und habe es darum für eine vornehme Pflicht gehalten, alle gegen mich gerichteten Angriffe des Abg. Kah, die bis zum Vorwurf des politischen Luftmarders gingen, zu überhören. Das bedeutet aber nicht, daß ich künftig ähnlich schwere Angriffe gegen Beamte und Behörden durchgehen lassen würde. (Beifall.)

Abg. v. Graef (Natioz.) äußert große Bedenken gegen das hier von Justiz und Polizei eingeschlagene Verfahren. Der Präsident habe vielleicht in gutem Glauben gehandelt, aber seine Zustimmung zur Durchsuchung sei bedauerlich. Der frühere Präsident Böbe habe die Rechte der Abgeordneten in anerkannter Weise gegen die Willkür der Regierung verteidigt. Diese Willkür sei kein Wunder unter einer Regierung, die sich rüchlos über Verfassung und parlamentarischen Entschluß hinwegsetzt. Es sei ein Hohn auf die Verfassung, wenn Reichstagspräsident und Außenminister nicht das ganze Parlament, sondern die Parteiführer unter Ausschluß bestimmter Parteien über ihre Politik informieren. (Hört! hört! bei den Natioz. und Komm.) Die Nationalsozialisten werden sich bei dem Mißtrauensantrag gegen den Präsidenten der Abstimmung enthalten, den übrigen Anträgen zustimmen.

Nach einem Schlußwort des Abg. Kah (Komm.) wird der Antrag auf Verfassungsänderung dem Reichsausschuss überwiesen. Der Mißtrauensantrag gegen den Präsidenten Ballraf sollte nach einem sozialdemokratischen Antrag dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen werden.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnall.) beantragt dagegen sofortige namentliche Abstimmung. Die Mehrheit entscheidet sich gegen Sozialdemokraten und Kommunisten für sofortige Abstimmung. Darauf erklärt Abg. Dr. Levi (Soz.), daß die Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten würden.

In namentlicher Abstimmung wird der Mißtrauensantrag mit 196 gegen 29 kommunistische Stimmen bei 106 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der weitere auf die Durchsuchung bezügliche Antrag der Kommunisten mit dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Es folgt der vom Abg. Lohmann (Dnall.) erstattete Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag des Hamburger Untersuchungsrichters auf Genehmigung zur Verhaftung des kommunistischen Abg. Thälmann. Der Ausschuss beantragt die Genehmigung. Abg. Bönen (Komm.) beantragt die Zurückverweisung des Falles Thälmann an den Ausschuss, damit er dort zugleich mit dem gleichliegenden Fall Urbans behandelt werden könne. Für die Zurückverweisung sprechen die Abgg. Böbe (Soz.) und Jehrenbach (Soz.), dagegen Abg. Lohmann (Dnall.). Die Zurückverweisung wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung beschloffen.

Abg. Graf v. Westarp (Dnall.) bezieht dann namens des auswärtigen Ausschusses über die Frage ob im Interesse der Wahrung der Vertraulichkeit der Ausschussverhandlungen eine Aenderung der Geschäftsordnung notwendig sei.

Im auswärtigen Ausschuss wurde mit Rücksicht auf die Anweisungen der Moskauer kommunistischen Internationals an die kommunistischen Abgeordneten die Frage gerichtet, ob sie die Vertraulichkeit der Verhandlungen wahren würden. Darauf erklärten die Befragten, sie würden die verfassungsmäßig gebotene Vertraulichkeit wahren. Diese Erklärung hielt die Mehrheit des Ausschusses nicht für ausreichend. Sie beantragt die Ueberweisung der Frage an den Geschäftsordnungsausschuss, ob eine Aenderung der Geschäftsordnung notwendig sei.

Abg. Dr. Rosenfeld (Komm.) wendet sich scharf gegen den Ausschussantrag, der eine unberechtigte Sonderbehandlung der Kommunisten bezweckt.

Abg. Dr. Breiffeld (Soz.) hält den Standpunkt der Mehrheit des Ausschusses für falsch und erklärt, seine Freunde würden sich im Geschäftsordnungsausschuss dagegen wenden.

Abg. Jehrenbach (Soz.) bezeichnet eine Beratung der Frage im Ausschuss als notwendig.

Die Angelegenheit wird dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Nach debattierter Erledigung einiger kleiner Vorträge vertagt sich um 8 Uhr das Haus auf Mittwoch, 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen sozialpolitische Anträge.

Gegen Brotwucher, für Achtstundentag

In drei mächtigen Versammlungen demonstrierte gestern die Berliner Arbeiterchaft gegen die Pläne der Reichsregierung und der bürgerlichen Parteien, die darauf hinauslaufen, immer neue schwere Lasten auf die Schultern derjenigen Bevölkerungsschichten zu legen, die in täglicher Arbeit um ärglichen Lohn ihren Lebensunterhalt verdienen. Insbesondere fiel die große Zahl der Frauen auf, die die nahebei Not in diese Versammlungen trieb. Gerade die Frauen mühten ja auch am härtesten den Schlag, der hier geführt werden soll. Die Redner kennzeichneten scharf die augenblickliche Lage und die allgemeine Zustimmung, die sich in dem begeisterten Beifall und der Annahme der einheitlichen Entschloßung kundtat, zeigten, daß die Sozialdemokratie zuverlässig ihren Kampf gegen die Verblender des Volkes führen und auf die Unterstützung der Massen, für die sie eintritt, rechnen kann. Folgende

Entschloßung

gelangte in allen Versammlungen zur Annahme:

„Bei der Wahl zum Reichstag am 4. Mai haben zahlreiche Beamte, Angestellte und leider auch Arbeiter den bürgerlichen Parteien, besonders den Deutschnationalen ihre Stimme gegeben, ihren Versprechungen vertraut, daß durch eine Ueberrückung vom Marxismus eine Besserung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu erreichen sei. Jene irreführenden Wähler erhalten jetzt in der Jollvorlage der Regierung durch die damit drohende, zum Teil bereits eingetretene Verteuerung ihrer ganzen Lebenshaltung die Quittung für ihre Leichtgläubigkeit. Nicht minder haben diejenigen Arbeiter, die der kommunistischen Partei ihre Stimme gaben, die Kampfkraft der Verbraucher gegen die drohende Neubelastung geschwächt. — Immer stärker wird die Neigung der bürgerlichen Parteien, zur Wahrung der Interessen der kapitalistischen und großgrundbesitzenden Schichten einen festen Block gegen die gesamten wertvollen Massen zu bilden. Gegenüber diesen volksfeindlichen Bestrebungen erklärt die Versammlung in der Sozialdemokratischen Partei das einzige wirksame Organ zur Verteidigung der schwer bedrohten Volksinteressen. Die Versammlung erwartet von der Sozialdemokratischen Partei, daß sie alles tun wird, um die Massen zum Kampf gegen den drohenden Brotwucher, für die Wiedereinnahme des Achtstundentages und für eine sozial gerechte Verteilung der Steuerlasten zu mobilisieren mit dem Ziel, eine baldige Auflösung dieses Reichstags und eine neue Entschloßung des Volkes herbeizuführen.“

Im Friedrichshain.

Im überfüllten Riesenloose der Brauerei Friedrichshain sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Herz. Er ging von der Londoner Konferenz aus, die für die innerpolitische Entwicklung Deutschlands von größter Bedeutung sei. Es kann doch heute schon gesagt werden, daß das Sachverständigengutachten uns unsere innerpolitische Freiheit wiedergegeben wird.

Die Frage der Schutzölle

Ist nach vielen Jahren von der Regierung wieder aufgerollt worden. Es zeigt sich, daß die Einheit der Agrarier mit der Großindustrie wieder gegen das Volk hergestellt ist. Im Reichstag war es nur die Sozialdemokratie, die eine entschiedene Ablehnung der Agrarölle vertrat. Selbst die Kommunisten erachteten es in diesem Augenblick für notwendig, gegen die Sozialdemokratie, denn gegen die Regierung und die Schutzölleparteien zu sprechen. Die Angabe der Regierung, mit den Öllen nur den Zustand vor 1914 wieder einzuführen, ist unwar.

Was bedeutet die Einführung der Jollvorlage für große Volksteile? Selbst die Vorlage befreit nicht, daß die Lebensmittel erheblich verteuert

werden. Die Belastung wird auf mehr als 900 Millionen berechnet. Ein Einkommen von 1000 M. wird durch den Zoll mit 5 Proz. belastet, ein Einkommen von 10.000 M. dagegen nur mit 0,6 Proz. Eine verhängnisvolle Wirkung auf die Ernährung wird die Folge sein.

Droht es aber das ungeeignete Steuerobjekt.

Aber die weiße Regierung behauptet so, daß die Ölle nicht unser Volk, sondern das Ausland belasten! Dabei hat die erste Veröffentlichung der Vorlage schon zur Folge gehabt, daß sofort die Getreidepreise im Inland in unerhörter Weise stiegen. Und das, ohne daß die Vorlage überhaupt auch nur beraten war. Wie wird es da erst aussehen, wenn die Ölle wirklich eingeführt sind. So wenig, wie sich verhindern läßt, daß verteuertes Getreide verteuertes Brot im Gefolge hat, ist zu verhindern, daß steigende Brotpreise eine Verteuerung aller Bedarfsartikel nach sich zieht. — Das was für die Brotölle gilt, trifft im selben Maße auf die Fleischölle zu. Ölle auf Fleisch bedeuten Herabminderung des Fleischverbrauchs der Bevölkerung. Das bedeutet aber

eine große Gefahr für den Ernährungszustand des Volkes und damit seiner Produktionsfähigkeit. — Zucker, Milch, Gemüse, alle Erzeugnisse, die wir einführen müssen, will die Regierung verteuern. Die Arbeiter, Angestellten und die Beamten sind in größter Gefahr, durch die Verteuerung der Lebenshaltung in der Existenzgrundlage härtestens bedroht zu sein. Noch schlimmer sind die neun Millionen Erwerbsunfähigen und -bedürftigen daran. — Wozu das alles? Die Regierung und die bürgerlichen Parteien folgen, zur Stabilisierung unserer Volkswirtschaft. Wir sind der Ueberzeugung, daß

die Jollvorlage eine Liebesgabenvorlage für die Großgrundbesitzer ist. Dadurch ist die schamloseste Veräußerung der Reichskasse gegeben. Zu der verteuerten Lebenshaltung durch Ölle tritt zu erwartende weitere Arbeitslosigkeit und weitere Verteuerung des Volkes. — Die Sozialdemokratie wird die Einführung der Jollvorlage aus sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen aufs härteste bekämpfen. Durch diesen Kampf werden große Teile der Arbeiterchaft wieder zu uns stoßen. Denselben entchiedenen Kampf führen wir gegen den Abbau des Achtstundentages. Bisher hat die skrupellose Agitation der Kommunisten nur die Schwächung unserer Kampfkraft zur Folge gehabt. Ihre „Arbeit“ in den Parlamenten hat nur der Reaktion gedient, Sorgen nur

dafür, daß die Sozialdemokratie nicht nur als Partei, sondern auch bei den unbedingt notwendig werdenden Reichstagsneuwahlen gestärkt und kampffähiger gemacht wird. (Großer Beifall.)

In der Diskussion sprach der „Erwerbslosenrat“ Fichtmann das bekannte Manuskript der Kommunistenzentrale herunter. Als Genosse Waderholz ihn als gewerkschaftlichen Arbeiterlosen kennzeichnete, mußte der Saal sich gegen die rabiatesten Schreier einschreiten. Nach einem Schlußwort des Genossen Herz stimmte die Versammlung der Entschloßung unter stürmischem Beifall zu.

In der Hasenheide.

Trotz des herrlichen Sommerabends und der erdrückenden Schwüle war der große Saal bei Erbe (vorm. Altem) in der Hasenheide bis auf den letzten Platz besetzt. Besonders stark waren die Frauen vertreten, die oft in empörten Worten das neue Anzeichen der Lebensmittelpreise besprachen und dabei der Hoffnung Ausdruck gaben, daß die maßgebenden Behörden hier rechtzeitig eingreifen. Genossin Wurm referierte. Sie wies auf die reaktionären Tendenzen hin, die sich überall im öffentlichen Leben zeigen, und erklärte, daß die Wähler am 4. Mai leider das Ziel des 9. November vermissen hätten. Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen kam die Rednerin auf das Sachverständigengutachten zu sprechen. Die besitzenden Kreise sind sich darüber einig, daß die Lasten, die darin vorgesehen sind, von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden sollen. Wenn wir die Annahme des Sachverständigengutachtens beifürworten, so wollen wir aber auch, daß die Lasten gerecht verteilt werden. Die Reichsregierung will jetzt

eine Jollvorlage, die völlig arbeitserfindlich ist, im Reichstag einbringen. Für die Fragen der Erwerbslosen, unter stützung, überhaupt für den sozialen Ausbau, hat sie jetzt nichts übrig. Die Erwerbslosenziffer der Vormonats, die sich in Berlin auf rund 85 000 belief, ist in dieser Woche auf 92 500 gestiegen.

Kommt diese Vorlage durch, so steht die Arbeiterklasse vor neuer Verleumdung.

Neun Zehntel der Gewinne, die durch diese Jollvorlage aufgebracht werden, mandern in die Taschen der Agrarier, während nur ein Zehntel die Reichsregierung erhält. Wer zahlt den Zoll? Nur die Masse der Konsumenten. Die Masse, die während des Krieges so bitter Leid musste, soll jetzt Schutzölle zahlen. Nichtsozialisten wie Professor Breniano, melden sich gegen diesen Plan, der neue soziale Verleumdungen bringen muß. Mit dem Einbringen der Jollvorlage plant man auch wieder alte verkaufte Verbote in Kraft zu setzen, so z. B. die Einfuhr von ausländischem Fleisch, insbesondere Geflügelfleisch. Die Sorgen der Agrarier ist rührend. Hand in Hand mit dieser Schutzöllovorlage geht auch die Verlängerung der Arbeitszeit

Man will die Arbeiterchaft kampfmüde machen, um sie um so leichter überrumpeln zu können. Unsere Aufgabe ist es, mit aller Kraft für den Achtstundentag zu kämpfen und die Schutzöllovorlage zu Fall zu bringen. Propagieren wir überall den Volksentscheid über den Achtstundentag. Am Schluß ihrer Ausführungen hob die Rednerin hervor, daß die kommenden Kämpfe zu einer Auflösung des Reichstags führen könnten. Und wenn dann der Wähler wieder den Wohlgang antritt, wird er sich zu entscheiden haben über Aufstieg oder Niedergang. Nach all diesen Vorgängen wird er gleichfalls die Lösung der Reaktion „Los vom Marxismus“ richtig zu bewerten wissen. Stürmischer Beifall lobte die Rednerin für ihre Ausführungen. Nach der Aussprache, in der mehrfach Vertreter der gegnerischen Parteien zu Worte kamen, wurde die einheitliche Resolution angenommen.

In den Germaniafälen.

In der gut besetzten Versammlung in den Germaniafälen sprach vor einer zahlreichen Zuhörerchaft Reichstagsabgeordneter Genosse Ströbel. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung, so führte er aus, sind bei den bürgerlichen Parteien keineswegs abgeschlossen. Spätestens zum Herbst hofft man zu einer

Bürgerblockregierung mit Einschluß der Deutschnationalen

zu kommen. Ueberall versucht man die Sozialdemokraten aus der einflussreichen Stellen zu verdrängen. Gerade jetzt, wo die Lage der Arbeiterchaft außerordentlich gedrückt ist, wagt man sich mit den Anschlägen gegen die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten hervor. Dies zudem in einem Augenblick, wo es gilt, das Sachverständigengutachten der Bewerksichtigung entgegenzusetzen. Neben dem Kampf gegen den Achtstundentag sabotierte man ganz bewußt die Reparationszahlungen durch Steuerdrückberei und untergrub das durch systematisch die deutsche Wirtschaft. Die besitzenden Klassen, vor allem die Großindustrie, die jetzt alles auf die ausgepowerte Arbeiterchaft abwälzen wollen, sind schuld daran, daß wir überhaupt mit dem Sachverständigengutachten beglückt wurden. Obwohl das Gutachten auch der Arbeiterchaft große Lasten auferlegt, hat sich die Sozialdemokratische Partei dennoch entschlossen,

für die Annahme des Gutachtens

einzutreten, um endlich in Europa zu einem wirklichen Frieden zu gelangen. Wir kämpfen gegen die Belastung der Massen. Die Einführung von Lebensmittelsöllen ist nicht der Weg, um über die augenblickliche Kreditknappheit hinwegzukommen. Der Redner wies dann an der Hand von statistischem Material nach, daß zum größten Teil die Großgrundbesitzer die Steuern auf Getreideölle hätten. Bei alle diese Ölle ein Anschlag auf die nackte Existenz der arbeitenden Schichten sind hat die Arbeiterchaft nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich gegen das Vorhaben des Bürgerblocks zu wehren. Der Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages muß gleichfalls einsehen, wenn sich die deutsche Regierung nicht dazu entschließt,

das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit zu ratifizieren. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß jeder an seinem Teile dazu beitragen möge, den Kampf zu führen gegen die Pläne der herrschenden Klassen. Reicher Beifall lobte den Redner. In der Diskussion sprachen auch Kommunisten und Natioz. Es war unsere Sprecher und Gen. Ströbel ein kühner, die gegenwärtigen Gefahren abzuwehren. Die Resolution wurde begeistert angenommen.

Gewerkschaftsbewegung

Einheit, die sie meinen.

Zweieinhalb Seiten der „Roten Fahne“ von gestern sind be-
deckt mit der „Stellungnahme“ der KPD. zu den Beschlüssen des
„Weltkongresses“ von Moskau. Die Leute, die nichts zu sagen haben,
reden immer am meisten. Zwei Spalten sind dem Beschluss dieses
Weltkongresses gewidmet, der die „Entscheidung der Aus-
trittsbewegung“ aus den Gewerkschaften durch die Schu-
macher und Genossen „verurteilt“ und „die Arbeiter auffordert,
in die Gewerkschaften zurückzukehren“.

Unsere Feststellung, daß damit von Moskau ausdrücklich be-
stätigt wurde, daß die Spaltung der deutschen Gewerkschaften von
den Kommunisten betrieben wurde, versuchte die „Rote Fahne“
vergebens durch die üblichen Schimpfereien zu verdunkeln. Unsere
weitere Feststellung, daß trotz dieses Beschlusses die Spaltung
der Gewerkschaften durch die KPD weiter geht,
bemühte sich das Organ der KPD, abzuleugnen. Wie können nun-
mehr auf Grund des offiziellen Berichtes der „Pravda“ fest-
stellen, daß der Beschluss des „Weltkongresses“ durchaus unehr-
lich gemeint war und nur als Waffe gedacht ist in der Hand der
augenblicklich herrschenden „Linken“ gegen die ihnen nicht unbedingt
ergebene „Gewerkschaftler“ vom Schloße des Schumacher.

Nach dem Bericht der „Pravda“ vom 10. Juli führte Ruth
Fischer in der Sitzung vom 7. Juli u. a. aus:
„Die Taktik der Gewerkschaftsbureaupolitik ist in der deutschen
Arbeiterklasse eine tiefe Kluft auf. . . Im Resultat ergab sich
der Wunsch, die reformistischen Gewerkschaftsverbände zu verlassen und einen Ausweg aus der Lage
durch Schaffung neuer Industrieverbände zu
finden. Diese Stimmung breitet sich nicht nur in einigen Schich-
ten der kommunistischen Partei aus, sondern auch in breiten
proletarischen Massen.“

Wir gebrauchen die Unterstützung des Weltkongresses, um die
Idee der Spaltung der Gewerkschaften zu überwinden und um
der Propaganda Schumachers und der mit ihm
konform gehenden Genossen ein Ende zu
machen. . . .

Wir sind der Meinung, daß die sofortige Durchführung
einer Kampagne für die Einheitsfront der Gewerkschaftsbewegung
in nationalen und im Weltmaßstabe im augenblicklichen Moment
gefährlich sein würde. In dieser Frage muß man äußerst
vorsichtig vorgehen. Die Massen würden die Notwendigkeit
eines solchen Schrittes gerade jetzt nicht einsehen, da die Massen
nicht an die Möglichkeit glauben, daß man sich mit den Amster-
damern auf dem Boden des revolutionären Kampfes einigen könne.
Wir dürfen nicht vergessen, daß die Politik der Amsterdamer im
internationalen Maßstabe genau die gleiche ist wie die der Zweiten
Internationale. Für eine Einigung mit ihnen wäre
eine vollständige Veränderung der Politik der
Zweiten Internationale notwendig. . . . Infolge-
dessen spricht sich die deutsche Partei entschieden gegen so-
fortige konkrete Schritte in der Einigungsfrage
aus, bis die Massen die unbedingte Notwendigkeit erkannt haben
und bis die „linken“ Amsterdamer sich zu einem bestimmten Stand-
punkte durchgeernd haben. Für uns ist ferner noch ein anderes
Argument entscheidend. Es handelt sich um unsere Taktik in
der Einheitsfront. Bisher haben die Massen diese Taktik
noch nicht richtig angewandt. Die deutsche Erfahrung beweist, daß
bei einer nicht richtigen Anwendung der Einheitsfronttaktik Ein-
wendungen nach rechts möglich sind. Wir hielten uns für genötigt,
hier auf dem Kongress festzustellen, daß die Einheitsfront nur von
unten angewandt werden kann. Wir fürchten deshalb, daß, wenn
wir hier sofort mit irgendwelchen konkreten Schritten zur Her-
stellung der Einheitsfront der Gewerkschaftsbewegung anfangen,
daß dieser Schritt bei uns noch größere Verwirrung in den Massen
erzeugen und die Quelle neuer gefährlicher Abweichungen werden
könnte. Wir müssen auch die Tatsache in Rechnung ziehen, daß
augenblicklich alle unsere Genossen in Deutschland
gegen einen deutschen Schritt gestimmt sind. . . .

Die Absichten der Ruth Fischer sind also ganz klar. Sie verlangt
die Verurteilung der Schumacher und Genossen,
aber sie will „augenblicklich“ von der Rückkehr in die Gewerkschaften
nichts wissen. Bis zu dem gewiß nicht sehr fernen Zeitpunkt,
wo sie das Schicksal teilen wird, das jetzt Suwarin ereilt hat und
vor diesem alle anderen Emporkömmlinge, die auf kurze Zeit Diktator
von Moskaus Gnaden waren, bis zu ihrer Abfägung herrscht Ruth
Fischer in der Hülle ihrer Macht. Dementsprechend ist der „Beschluss“
des Zentralausschusses der KPD. in der Gewerkschaftsfrage aus-
gefallen. Es heißt so:

„Alle Bestrebungen, offene oder versteckte, die zur Liquidation
der KPD. (Roten Gewerkschaftsinternationale) führen, lehnt
der Zentralausschuss entschieden ab. Das Ziel der
vorgeschlagenen Aktion kann nur die Vereinigung aller Arbeiter-
elemente, einschließlich der sozialistischen Arbeiter, auf der
Grundlage der Grundzüge der KPD. sein. Die Aktion
wird nur dann einen Erfolg zeitigen, wenn sich die Arbeitermassen
auf Grund eines gemeinsamen revolutionären Aktionsprogramms
für die Einigungsfrage einsehen. Ein solches Programm ist
für Deutschland augenblicklich: Kampf für den Achtstundentag, für
Lohnerhöhungen, für die Einreichung der Erwerbslosen in den
Produktionsprozeß, gegen Betriebsstillegungen, gegen das
Sachverständigen Gutachten; für die Wiederaufnahme
sämtlicher ausgeschlossener Mitglieder, Verbände, Zahlstellen usw.
unter der rückhaltlosen Anerkennung des Selbst-
bestimmungsrechtes der Mitglieder, für die Aner-
kennung der Notwendigkeit, daß die Gewerkschaften nicht neutral
sein können, sondern ihre volle Kraft in den Dienst des Klassen-
kampfes zu stellen haben. Die Amsterdamer Führer, die an die

internationale Sozialdemokratie und deren konterrevolutionäre
Politik gefesselt sind, die zugleich die Führer der Zweiten Inter-
nationale und die Stützen der Politik des Sachverständigen Gut-
achtens sind, die sich völlig der Bourgeoisie verschrieben haben,
werden ein solches Aktionsprogramm nicht annehmen. Die linke
Opposition des KPD. wird sich entscheiden müssen, ob sie mit der
Bourgeoisie gegen die Arbeiter, oder ob sie mit dem Proletariat
gegen die Hauptpläne der Bourgeoisie und gegen ihre Helfershelfer
kämpfen will.“

Diese „Rückkehr zu den Gewerkschaften“ ist also an die Bedin-
gungen geknüpft, daß die Gewerkschaften sich Losowki unterwerfen,
sich „in den Dienst des Klassenkampfes“ nach den Vorschriften der
KPD. stellen, mit Wulle, Hergt, Ruth Fischer und Poincaré eine
Einheitsfront gegen die Durchführung des Gutachtens bilden, die
Kommunisten nach Belieben mit den Geldern der Organisationen
schalten und walten lassen. Sonst hat Frau Ruth Fischer keine
Schmerzen. Wer diesen Wunschzettel nicht unterschreibt, der ist das,
was Ruth Fischer in einem halben Jahr oder einem Jahr sein wird,
und was alle die sind, die vor Ruth Fischer die KPD. kommandiert
haben: ein „Renegat“, „Verräter“ usw. Um aber jeden Zweifel aus-

Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonne-
ments für August noch nicht vor-
genommen haben, müssen noch
heute das Versäumte nachholen,
wenn keine Unterbrechung in der
Zustellung der Zeitung erfolgen soll

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

zuschließen über die Pflicht der Kommunisten, die Spaltung der
Gewerkschaften „noch mehr zu steigern“, heißt es in dem Beschluss
des Zentralausschusses:

„Zugleich wird die Zentrale beauftragt, nach Abschluss der
Internationalen Woche („Gegen den Krieg, für den Bürgerkrieg“)
eine Reichskonferenz für die Gewerkschaftsfunk-
tionäre einzuberufen, die in den Bezirken gründlich vorzu-
bereiten ist.“

Also: „Die Schumacher und Genossen, die sich erlaubten, eine
eigene Meinung zu haben, sind abgeschlachtet. Es lebe die Spaltung
nach dem Rezept von Ruth Fischer!“ Das ist die Einheit, die die
Kommunisten meinen.

Gegen den Volksentscheid. Weshalb sie dagegen sind.

Die schwerindustrielle Telegraphen-Union verbreitete die Nach-
richt, daß die Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften,
der Deutsche Gewerkschaftsbund, an dem Vorhaben der gewerkschaft-
lichen Spitzenverbände, über die Ratifizierung des Abkommens
von Washington einen Volksentscheid herbeizuführen, nicht
beteiligt sei und sich an einem derartigen Entschluß nicht beteiligen
werde.

Wir gaben zunächst diese Nachricht nicht wieder, da wir an-
nahmen, daß die Christlichen, trotz Stegerwald und Genossen,
schließlich noch ein anderes Organ als ausgerechnet die Telegraphen-
Union zur Verbreitung ihrer Stellungnahme haben werden und daß
sie ihre Stellungnahme mit Gründen versehen würden. Da aber
ein Dementi nicht erfolgt ist, sind wir wohl genötigt, die Nachricht
der Telegraphen-Union als richtig anzusehen. Somit bringt die
Spitzenorganisation der Christlichen nicht den Mut auf, klar Stellung
zu nehmen. Mit Rücksicht auf die Masse ihrer Mitglieder traut sie
sich wohl nicht, gegen das Abkommen von Washington Stellung
zu nehmen; für den Volksentscheid einzutreten, das wollen die
reaktionären Politiker nicht, die im Deutschen Gewerkschaftsbund das
große Wort führen.

Die „Welt am Abend“, die nicht als inoffizielles Organ der
KPD. gelten will, aber mit Samtpfötchen deren Politik vertritt,
bemerkte dazu:

Den Volksentscheid halten wir für falsch, weil wir trotz der
sicher ergebenden Mehrheit für den Acht-
stundentag darin eine Schädigung des Achtstundentages er-
blicken. Wenn sich aber die christlichen Gewerkschaftspitzen
gegen den Achtstundentag erklären, so zeigt das, daß ihnen
der Profit des Unternehmers höher steht als die Lebensinteressen
ihrer Mitglieder.

Also die Kommunisten sind dagegen, weil die große Mehr-
heit des deutschen Volkes dafür ist, damit der Achtstundentag durch
den Volksentscheid national und international gesichert wird.
Das aber ist — eine Schädigung des Achtstundentages — lies der
kommunistischen Ruchpolitik. Wann aber die
Christlichen dagegen sind, dann ist das eben „Verrat“. Im
übrigen: Weil wir dafür sind, sind wir auch „Verräter“. Das
sind nun einmal die „Gründe“ der Kommunisten.

Die Arbeitszeit im Friseurgewerbe.

Auch die Friseurmeister wollen zur Verlängerung der Arbeits-
zeit beitragen, zumal es doch so schön war, als man ganz allein die
Arbeitsbedingungen festlegte und im besonderen die Arbeitszeit
regelte. Seit der ersten Verordnung über die Arbeitszeit betrug
diese im Friseurgewerbe wöchentlich einschließlich einer vierstündigen
Sonntagsarbeit 58 Stunden. Diese soll nun um weitere
4 Stunden verlängert werden. Die bisherige zwei-
stündige Mittagspause soll um eine halbe Stunde verkürzt und der
Arbeitsanfang eine halbe Stunde früher beginnen. Mit dem
Schluß wird es dann selbstverständlich auch nicht so genau genom-
men werden. Daß die genau vorgeschriebene Sonntagsarbeit eben-
falls eine Stunde früher beginnt als das Gesetz es gestattet, ver-
steht sich von selbst. Daß das unter den Augen der Aufsichtsbehörde
nicht bloß geschieht, sondern auch öffentlich bekanntgemacht werden
kann, ist ein Kapitel für sich. Diejenigen Gehilfen, die sich dagegen
wenden, werden als Berufsschädlinge behandelt und ihnen plau-
sel gemacht, daß die Gewerkschaft der Gehilfen überflüssig sei. Es
sei besser, den Beitrag zu sparen und das Geld lieber in einem vom
Meister abhängigen „Kassenverein“ anzulegen. Wer das nicht ein-
sehen will, erfährt bald, wo der Zimmermann das Loch gelassen
hat. Das „gute Einvernehmen“ mit den Gehilfen wird auf diese
Weise recht praktisch zur Geltung gebracht. Nun, die Bestrebungen
der Meister wird die Gewerkschaft zu durchkreuzen wissen. Den
Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern kann indessen nur dringend
empfohlen werden, sich von den bedienenden Gehilfen das Ver-
bandsbuch zeigen zu lassen.

Moderne Arbeitgeber.

Bei der Firma Dionette, Dranienstraße, führen die Arbeiter
einen verweilten Kampf um die Aufrechterhaltung der zurzeit
bestehenden Löhne. Trotzdem die Lebenshaltung der Arbeiterschaft
eine immer schwieriger wird, verläßt es der Direktor Kottke,
die Löhne um 20 Proz. zu kürzen, da er sonst nicht verkaufen
könne. Die Belegschaft lehnte dieses Ansuchen ab. Zur Strafe
dafür ist die Arbeitszeit auf 24 Stunden herabgesetzt, in der übrigen

Zeit können sie darüber nachdenken, wie sie die Existenz dieses
modernen Industrielöwen sicherstellen. Herr Kottke aber such im
Westen eine hochmoderne Villa mit 6 Zimmern.

Masseneinwanderung nach Frankreich.

Paris, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine amtliche Sta-
tistik des Arbeitsministeriums besagt, daß der Zustrom fremder
Arbeitskräfte nach Frankreich ungewöhnlichen Um-
fang annimmt. Die Einwanderung soll seit einiger Zeit durch-
schnittlich 5000 Köpfe in der Woche betragen. In der vergangenen
Woche sind von den Grenzkontrollstellen nicht weniger als 5351 Ein-
reisegenehmigungen erteilt worden, darunter 4008 für Industrie-
arbeiter und 743 für landwirtschaftliche Arbeiter. Das Hauptkon-
tingent für Industriearbeiter stellt Italien mit 1840, für die Land-
wirtschaft Belgien mit 167. Trotz dieses gewaltigen Zustroms,
der sich auf etwa 20 000 Köpfe im Monat beläuft, soll die Nach-
frage nach Arbeitskräften noch erheblich größer sein als das
Angebot, besonders in der Landwirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit in Rußland.

Die rapide Steigerung der Arbeitslosigkeit in Rußland hat nur
dazu geführt, daß, laut amtlicher Angaben, die Arbeitslosen
24,3 Prozent der Beschäftigten ausmachen. Damit ist Rußland in
die erste Stelle unter allen europäischen Ländern gerückt: die
größte Arbeitslosigkeit herrscht heute im kom-
munistischen Rußland. Der amtliche Bericht in der Mos-
kauer „Wirtschaftszeitung“ lautet:

Am 30. Juni fand eine Besprechung der Vertreter der Zentrale
der Gewerkschaften des Moskauer Gewerkschaftskomitees und des
Volkskommissariats für Arbeit statt, die sich mit der Frage der Ar-
beitslosigkeit und den Maßnahmen zu ihrer Binderung befaßte. Der
Ministerialdirektor im Volkskommissariat für Arbeit, Gindin,
bemerkte in einem Referat, daß am 1. April 1 359 000 Arbeitslose
gezählt wurden. Seit dem 1. Januar d. J. wuchs die Arbeitslosig-
keit um 10 Proz. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen sind In-
dustriearbeiter — 343 600 (25 Proz.), Angestellte 449 000 (32 Proz.),
Schwerarbeiter — 350 000 (25,6 Proz.). Fast die Hälfte (42,1 Proz.)
der Arbeitslosen sind Gewerkschaftsmitglieder. Die Arbeitslosigkeit
beträgt 24,3 Proz. der im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter.

Die Wahlen zum Verbandsrat der Buchdrucker haben in Berlin
mit einem vollen Erfolg der Amsterdamer Richtung
geendet. Sämtliche 24 Kandidaten, die von der Fraktion Amster-
dam vorgeschlagen wurden, sind gewählt. Wir kommen auf die
Wahl noch zurück.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Montag, abends 7 Uhr, findet bei Sum-
mel, Sophienstr. 5 (am Hofischen Markt), eine Versammlung der Verbands-
mitglieder statt.

Sattler-, Tapezierer- und Drechselwerkzeug-Verband. Montag! Jugendklub. In
jedem Mittwoch, abends 7 Uhr bis zur eintretenden Dunkelheit, finden
Spielabende auf dem Urban-Spielplatz (breit am Krankenhaus Urban) statt.
Teilnahme aller Berliner, jugendlichen Kollegen und Kollegen ist erwünscht.
— Eine Radpartie der Jugendklub, soll Sonnabend, den 26., und Son-
nabend, den 27. Juli, unternommen werden, und zwar nach Bernau — Die-
nstag, abends 7 Uhr, in der Jugendherberge Lehnitz. Treffpunkt am
Sonnabend, nachm. 5 Uhr, am Stettiner Bahnhof (Saupteingang). Teilnehmer
müssen bis spätestens Freitag, den 25. Juli, von 4 bis 6 Uhr im Bureau,
Eisenstr. 24-25, Zimmer 28, melden. — Die nächste Monatsversammlung
findet Freitag, den 6. August, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Sack 3,
statt; Vortrag.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Metallinstrumentenarbeiter. Am Donner-
stag, nachm. 5 Uhr, im Vergnügungsspielplatz Groß-Berlin, Hohenstraße 11-13,
Frankenversammlung aller Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Zugabe: Bericht von der Lohnbewegung. Die Branchenleitung.

Transportarbeiter der Groß-Berliner Metallindustrie! Donnerstag, abends
6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Eisenstr. 24-25, Büro 28 part., Zimmer 4,
Vertreterversammlung aller in den Groß-Berliner Metallbetrieben
tätigen Gruppen der Transportarbeiter, Feder, Lager, Hilfsarbeiter usw. Alle
Betriebe, Betriebsabteilungen und Beschäftigten müssen bestimmt vertreten sein.
Die Chaussee werden im besonderen ersucht, sich auf dieser Konferenz
durch ihre Funktionäre vertreten zu lassen. Soweit Betriebe oder Beschäftigten-
abteilungen gegenwärtig ohne Funktionäre sind, hat ein Mitglied des Vorstandes
zu übernehmen und diese Vertretung zu bezeichnen. Rein Betrieb darf un-
vertreten sein. Deutscher Verkehrsverband, Section Va.
Verbandsrat, Nachgruppe der Köpfer. Die Kollegen werden dringend
gebeten, am Sonnabend die Verkehrsliste zu besetzen, die wichtige Mittelungen
zu machen sind. Der Jahrgruppenleiter.

Aus der Partei.

In der tschechoslowakischen Republik bestehen, entsprechend ihrem
Wesen als Nationalitätenstaat, ebenso viele sozialdemokratische Par-
teien als Nationalitäten. Es ist bekannt, daß der hamburger Welt-
kongress einen Ausschuß eingesetzt hat, der das Verhältnis zwischen
der tschechischen und der — kurz gesagt — deutschböhmisches Sozial-
demokratie studieren und bessern soll. Die tschechischen Genossen ge-
hören zur Regierungskoalition aller tschechischen Staatsparteien,
während die deutschböhmisches Genossen aber als Angehörige des
größten Minderheitsvolkes in grundsätzlicher Opposition stehen. So-
lange nicht die Gleichberechtigung und eine Selbstregierung aller
Nationalitäten im Staat eingeführt wird. Daraus ergibt sich das
Verhältnis zwischen den beiden Bruderparteien. Da nun schon seit
einiger Zeit die tschechischen Genossen zur Informierung der aus-
ländischen Bruderparteien den deutsch gekehrten „Tschechoslowa-
kischen Sozialdemokrat“ (Brag II, Hybernstraße 7) und auch ein
französisches Bulletin herausgeben, erscheint nun auch die „Aus-
landskorrespondenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik“ (Brag I, Havild, nam. 32).
Wir lenken die Aufmerksamkeit der Parteigenossen auf diese neue
Publikation.

Weiter für Berlin und Umgebung: Welt bemittelt, so: datternd Gewitter-
neigung mit einzelnen Negengüssen, noch warm. — Für Deutschland: In
ganz Deutschland weit verbreitete Gewitterregen, im Nordwesten etwas
fäher.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Caternus;
Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kulturleben: Dr. John Schönlank; Verles
und Sonstiges: Walter Teufel; Anzeigen: Ed. Müller; sämtlich in Berlin.
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlagsdruckerei
und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Eidenstraße 3.
Hierauf 1 Blatt.



Hühneraug' auf Zeh' und Sohl'
Wirst du los durch Lebewohl!

In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie
ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.



Cavalin an Sommertagen
schafft unendliches Behagen.

Der Streupuder gegen Schweiß und dessen
Wirkungen. — Für Sport und Wandern.
Herstellerin W. Spindler A.-G., Berlin C. 19

Continental

Cord

für

Auto Kraftrad Fahrrad

Fahren Sie nach der neuen Continental - Straßenkarte

Die Massenvergiftungen in Görbersdorf.

Wie die Katastrophe entstehen konnte. — Vier oder fünf Tote?

Es war voranzusehen, daß die Massenvergiftung der Patienten und Angestellten der Dr. Brehmerschen Lungenheilanstalt in Görbersdorf nicht nur großes Aufsehen, sondern auch eine tiefgehende Unruhe hervorrufen würde. Diese Beunruhigung äußert sich durch täglich zunehmende Zuschriften und Mitteilungen und telephonische und schriftliche Anträge an die Redaktion des „Vorwärts“. Mündlich und schriftlich wird immer wieder bezweifelt, daß eine harmlose Erfrischungspeise die Ursache einer so furchtbaren Massenvergiftung sein könne. Wir wollen in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß unsere Mitteilung, daß die Vergiftung von verdorbenen Koteletten herrühren soll, bisher direkt weder abgestritten worden ist, noch entkräftet werden konnte. Man hält sich in Schweigen. Um die Bereitwilligkeit der Verantwortlichen zu einer weitgehenden reiflichen und rückhaltlosen Aufdeckung alles dessen, was zur Klärung der Katastrophe dient, zu fördern, veröffentlichen wir zunächst zwei Zuschriften aus Patiententreifen. Ueber jeden Zweifel erhaben ist heute schon die Notwendigkeit, die in ihrer Genesung furchtbar zurückgeworfenen und schwer geschädigten Patienten durch weitere Kur und andere Vergünstigungen wenigstens etwas zu entschädigen. Die Reichsbehörden täten gut, Garantien zu geben und im übrigen dafür zu sorgen, daß der Öffentlichkeit nunmehr schnelle Aufklärung zuteil wird, besonders auch über die in der ersten von uns veröffentlichten Zuschrift ausgesprochene Behauptung, daß bereits fünf Todesfälle vorliegen, während bisher immer von vier Teten die Rede war.

Görbersdorf als Familien-G. m. b. H.

Als Dr. Hermann Brehmer vor 70 Jahren in Görbersdorf die erste Lungenheilstätte einrichtete, vollbrachte er damit eine soziale Tat. Soziales Wirken und Schaffen war auch sein Lebenswerk. Obwohl er dafür von den herrschenden Kreisen in Preußen und Deutschland nicht sonderlich geachtet und geehrt wurde, wurde sein Ruhm desto mehr von allen denen, die ihn in seinem Wirken kennen gelernt hatten, in alle Lande getragen, und Dr. Hermann Brehmer erlangte mit seiner heilsüchtigen Weltanschauung, weider wurde seinem Wirken nach 35 Jahren durch seinen Tod viel zu früh ein Ziel gesetzt. Seine Erben waren in den ersten Jahrzehnten noch seinem Tode ernstlich bemüht, das Erbe Hermann Brehmers hochzuhalten. Anders wurde die Sache, als die Anstalt mit in den Dienst der sozialen Gesehgebung gestellt wurde. Seit längerer Zeit werden in Dr. Brehmers Heilanstalt vorwiegend Patienten der Reichsversicherung für Angestellte zur Heilung geschickt. Wer aber heute die Anstalt besucht, findet selber von Dr. Hermann Brehmers sozialem Geist nichts. Die Anstalt ist ein reines privatwirtschaftliches Unternehmen geworden. Wo ist der ehemalige herrliche Park mit seinen wundervollen Anlagen? Wo sind in der Anstalt die der Reuezeit entsprechenden notwendigen Einrichtungen? Wo ist das Wollen Hermann Brehmers „Alles nur zur Befriedigung der kranken Menschheit“? An den Gebäuden wird nur der Verfall notdürftig verhindert. Jetzt ist eine Familien-G. m. b. H. von 11 Familien mit rund 70 Leben vorhanden, die ängstlich darauf bedacht ist, daß der Betrieb der Anstalt auch Profit herauswirtschaftet. Als Aufsichtsrat dieser Familien-G. m. b. H. fungiert ein leitender Direktor einer sehr bekannten Breslauer Großfirma. Seit vielen Monaten haben die Patienten die privatwirtschaftliche Tätigkeit dieser Familien-G. m. b. H. besonders gespürt. Die Klagen über schlechte Kost waren an der Tagesordnung, doch wurden sie im Frühjahr so stark, daß die Patienten ernstlich auf deren Abstellung drängten. Die tägliche Nahrung für die Lungenkranken setzte sich wie folgt zusammen: 20 Gramm Butter, 40 Gramm Fleisch, 18 Gramm Zucker, 1/2 Liter Rogermilch, Blümchenkaffee, Wald- und Wiesentee ohne Beschränkung. Brot reichte nie zu, die Patienten mußten es sich stets erst erhitzen. 1 Brötchen mit Marmelade oder Kunsthonig. Dafür gab es aber Kartoffeln ohne Beschränkung. Gemüse und dergleichen war bis in die letzten Tage hinein ein Vorkaufsgegenstand, der nur an hohen Festtagen gereicht wurde. Dazu kommt noch, daß allem Essen ein bestimmter Zusatz von Soda beigelegt wurde. Man weiß schon warum und bei der eiweißreichen Kost ein allzu vorforschliches Beginnen. Anfang Mai wurden die Patienten deshalb vorstellig, eine Beschwerde an die Reichsversicherung wurde aufgesetzt und von

zahlreichen Patienten unterzeichnet. Der Erfolg war, daß man einem Patienten als sogenannten „Käbelsführer“ eine Bihkur gab, d. h. er mußte bald abfahren. Der Herr Chefarzt fuhr nach Berlin zur Reichsversicherung und — es blieb alles, wie es gewesen war. Die Beschwerdeführer warten bis auf den heutigen Tag noch auf eine Antwort von der Reichsversicherung. Die Patienten mußten deshalb, wenn ihre Kur nicht erfolglos sein sollte, weiter in ihre Tasche greifen und sich zu der Selbsttötung zutausen. Viele hatten ihre eigene Butter und Wurst, andere ließen sich von Bauern. Wieder andere nahmen Milchkuren bei den Bauern. Wenn sie alle einmal ein vernünftiges Essen haben wollten, so gingen sie nebenan in das Hotel, das mit den Patienten der „Brehmer“ sein bestes Geschäft machte. Einzelwünsche der Patienten, die zahlreich weiter vorgetragen wurden, wurden von den leitenden Ärzten ebenfalls mit unverbindlichen Worten erledigt.

Die Katastrophe vom 13. Juli und ihre Folgen.

Nur in einem solchen Milieu war es möglich, daß man am Sonntag, den 13. Juli, ein Mittagessen vorsetzen konnte, das durch und durch verdorben war. In der amtlichen Untersuchung ist noch gar nicht endgültig festgestellt, ob es die Erdbeerpeise allein war. Weit über 200 Patienten, Angestellte und Hausmädchen erkrankten unter den furchtbarsten Qualen, die Vergiftungsverantwortungen verursachen. In dem amtlichen Bericht des Kreismedizinalrates heißt es: „Die Anstaltsleitung hat sich der Lage in jeder Weise gewachsen gezeigt.“ Diese Worte haben bei allen Patienten ein Lächeln hervorgerufen. Wir stellen deshalb fest, daß in der Nacht vom Sonntag zum Montag nicht nur alle Patienten, sondern auch die Schwestern und die Ärzte erkrankten, so daß nur ein Assistenzarzt der Nebenanstalt und eine Schwester für mehr denn 200 Erkrankungen vorhanden waren. Die Kranken waren sich selbst überlassen und schrien teilweise wie ein Tier. Erst Montag, kurz vor Mittag, wurde die Dr. Weiserische Anstalt um Hilfe ersucht. Der Chefarzt war ja auch erst Montag früh von einer vierwöchentlichen Bade-reise zurückgekehrt. Erst in den folgenden Tagen setzte nach und nach eine regelrechte Behandlung der Kranken ein. Fünf Todesopfer sind zu verzeichnen: Der in seinem 70. Lebensjahre Oberarzt Dr. Rowe, der noch unter Dr. Brehmer tätig gewesen war, der bis zuletzt in felderner Tätigkeit seinen Dienst versehen hatte, der 84jährige Bademeister, 1 Privatpatient und 2 Ver-lieferungspatienten. Ein Drittel der Patienten liegt noch zu Bett, und die anderen zwei Drittel kriechen herum wie die Fliegen und hoffen auf Erholung der überstandenen Leiden. Alle mühen sich, daß der bisherige Erfolg ihrer Kur zumindest im Gemächtsverluste bis 18 und 20 Pfund pro Person zu verzeichnen. Wird man jetzt die wahren Ursachen erkennen und sie abstellen? Wird man die wahren Schuldigen ermitteln und zur Verantwortung ziehen? Man wird vermutlich die Köchin in die Wüste schicken. Welche Wirtschaft in der Küche geberstet haben muß, deutet der amtliche Bericht in seinem Satz an: „Vielleicht spielen Ratten und Mäuse ursächlich eine gewisse Rolle.“ Also Ratten und Mäuse sollen in solcher Zahl vorhanden gewesen sein, daß sie das gesamte Mittagessen von weit über 200 Personen vergifteten?

Wenn es in Zukunft besser werden soll, dann muß zunächst einmal die Reichsversicherung sich die Anstalt genauer ansehen und sich klar werden, ob sie unter solchen Umständen der Anstalt auch weiterhin Kranke auf Gebot und Verbot anvertrauen kann. Die Vertrauensmänner der Versicherten werden ihre Stimme besser zu Gehör bringen müssen wie bisher. Unbedingt nötig ist aber, daß das einseitige Diktat der Anstaltsleitung ein Ende nimmt, und daß Wünsche der Patienten gehört werden. Die Patienten müssen sich eine Vertretung der Leitung gegenüber wählen, wodurch sie zu ihrem Recht kommen. Allerdings wird das bei den Angestellten noch etwas Ueberwindung kosten, weil viele dieser guten Leute meinen, man könne nicht etwas tun, was sonst nur die Arbeiter tun! Mit diesen Unbelehrbaren unter sich werden die Angestellten selbst ein kräftiges Wortchen sprechen müssen, sie werden zu der Solidarität, die die Arbeiterschaft verbindet und vorwärts führt, kommen müssen, zu jener Solidarität, wie sie im Zentralverband der Angestellten und A. B. Bund gepflegt wird. Nur wenn sie sich durch einmütiges Zusammenhalten ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über jene Anstalten erkämpfen, die doch im

Gründe genommen für sie da sein sollen, für sie, die als Kinderbrennstelle im Kampf ums Dasein ihre Gesundheit eingebüßt haben und schwer geschädigt worden sind, erst dann werden solche entsephliche Vorfälle, wie sie sich in Görbersdorf ereignet haben, unmöglich sein.“ Soweit das erste Schreiben, das von einer Anzahl Patienten mit unterschrieben worden ist.

Was ein Augenzeuge beobachtet hat.

Er schreibt uns:
Auf die in der Abendausgabe vom 21. d. Mts. mitgeteilte Zuschrift des Chefarztes der Brehmerschen Heilanstalt in Görbersdorf überende ich Ihnen einige persönliche Eindrücke, die ich bei meinem Besuch einer dort befindlichen und ebenfalls von der Vergiftung betroffenen nahen Verwandten am vergangenen Sonntag gewonnen habe.

Von einer völligen Ruhe habe ich, wenigstens am Sonntag, noch nichts merken können. Im Gegenteil, sämtliche Patienten, mit denen ich sprach, waren aufs höchste erregt und hielten mit ihrem keineswegs schmeichelhaften Urteil über die Anstaltsleitung nicht zurück. Daß keine Patienten abgereist sind, stimmt wohl nicht in dem Maße, wie es behauptet wird. Der größte Teil der Patienten ist von der Reichsversicherung dorthin geschickt und dadurch nicht Herr seiner eigenen Entschlüsse. Außerdem waren diejenigen, die fort wollten, zum Teil noch zu schwach, um etwas unternehmen zu können. Ich z. B. war eigens dazu nach G. geehrt, um für meine Verwandte eine andere Unterkunft zu suchen, was mir denn auch gelungen ist. In eine sofortige Ueberlieferung war aber auch infolge Schwäche der Kranken nicht zu denken. Die Hauptschuld schiebt man dem wirtschaftlichen Direktor zu, dessen Anmauerigkeit, besonders bei der Beschaffung neuer Wirtschaftsgüter, wie Kochtöpfe u. dergl., erst die Möglichkeit einer derartigen Katastrophe geschaffen zu haben scheint. Außerdem wurde sehr über mangelnde Sauberkeit geklagt. Wenn behauptet wird, daß die Anstaltsleitung der Situation gewachsen war, so stimmt das unter keinen Umständen. Ist es doch vorgekommen, daß man am Mittwoch nach dem Unglücksanfall eine fest daneberliegende Patientin überhaupt vergessen hatte, und selbst noch am letzten Sonntag haben die Patienten erst zwischen 3 und 4 Uhr Mittagessen erhalten. Die Breslauer Schwestern, die zur Aushilfe gekommen waren und deren aufopfernde Tätigkeit durchaus anerkannt werden soll, sowie die Beiter verschiedener anderer Sanatorien, mit denen ich sprach, schüttelten alle den Kopf. Geradezu erschütternd wirkte es, wenn man eine Patientin, die schon monatelang dort zur Kur war, klagte, daß durch diese Sache vermutlich der ganze Erfolg verloren gegangen sei. So wird es allen gehen. Eigenartig ist die Behauptung der Reichsversicherungsanstalt am vergangenen Sonntag, daß keine Patienten gestorben seien, während der Chefarzt jetzt zwei Fälle angibt. Daß es sich hierbei um schwer Tuberkulose-franke handelt, die das kann man zwischen den Zeilen herauslesen, sowieso gestorben wären, ist ein schwacher Trost.

Es ist durchaus zu mißbilligen, wenn bei derartigen Anlässen die verantwortlichen Stellen ihre vorzüglichste Aufgabe darin erblicken, nur möglichst schnell festzustellen und feststellen zu lassen, daß sie keine Schuld trifft. Sollte man dadurch jedem Versuch einer Schadenersatzforderung von vornherein die Spitze abbrechen wollen? Die Reichsversicherung als Hauptinteressentin täte gut, mit der jetzt in der Anstalt üblichen Wirtschaft der dortigen wirtschaftlichen Leitung aufzuräumen. Eine Anstalt, der alle äußeren Vorzüge in dem Maße gegeben sind, hat der Allgemeinheit gegenüber die Pflicht, diese Vorzüge auszunutzen zum Vorteil der leidenden Menschheit ohne Rücksicht auf den Geldbeutel irgendwelcher privatkapitalistischer Interessenten, seien es auch die Erben des verdienstvollen Gründers der Brehmerschen Anstalten.“

Man ersieht aus diesen Zuschriften, daß die bisher verabreichten Beruhigungspillen nicht geeignet waren, den peinlichen Eindruck, den die Behandlung der ganzen Angelegenheit erweckt hat, zu beseitigen. Man wird die Vermutung nicht los, daß man in der Görbersdorfer Anstalt vollständig den Kopf verloren hat. Biel schlimmer aber ist es, daß man der Öffentlichkeit die Katastrophe, die sich bereits am 13. Juli ereignete, nahezu eine ganze Woche vorenthalten hat, so daß die Presse erst am 19. Juli Nachricht erhielt.

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rakfa.

Das schien ihm denn doch ein hohes Spiel zu sein. Erst sah sie einem jungen Künstler hinter dem Rücken des Alten Modell, und dann sollte er noch die Zeche bezahlen. Es imponierte ihm. Er bewunderte Livia.

„Gnädigste Prinzessin, verkaufen würde ich dieses unvergleichliche Kunstwerk niemals.“ Er sah sie mit seinen dunklen, wie in Del schwimmenden Augen möglichst ausdrucks-voll an.

Diese Huldigung von diesem Manne, angesichts der Venusstatue, empörte Livia aufs höchste. Die Anwendung von Milde vor der Schönheit des Kunstwertes war ver-flogen.

„Sie müssen die Statue hergeben, es ist Ehrensache!“ sagte sie aufflammend.

Langsam zog Fratelli die Schultern empor. „Wer soll mich zwingen?“

Nun begann Casapi mit sein ausgemeißelter Redekunst, und der Prinz warf Zahlen und Ausrufe dazwischen.

Bergebens.

Schließlich bat der Prinz.

Fratelli lächelte nur.

Livia war aus dem Haus heraus, auf die Straße ge-gangen; sie konnte nicht Zeuge der Verhandlungen sein. Es war, als sei sie selbst. Sie setzte sich in den Wagen und wartete. Um nichts in der Welt hätte sie sich länger vor diesem gewöhnlichen, höhlköpfigen Menschen ge-demütigt.

Branco ging vorüber, sah Livia, ahnte den Zusammen-hang — auch er war auf dem Wege zu Fratelli — doch sein Herz war völlig verstopft.

Als der Prinz und Casapi aus dem Torbogen kamen, sah Livia sogleich, daß irgend etwas eine günstige Wendung brachte, denn Casapi war in ein Lächeln getaucht.

„Prinzessin,“ sagte er mit einem höflichen Binden seines ganzen Körpers, „vielleicht ist es auch Ihnen nicht bekannt, daß es sich hier um eine alte griechische Statue handelt, die in Syrakus ausgegraben wurde und dort im Museum steht.“

„Nein, das bin ich!“ sagte Livia wütend. Niemand in

Rom würde diese Märchen glauben, der Schleicher sollte einen solchen Unsinn gar nicht erst in die Welt setzen. „Ich bin es,“ versicherte Livia nochmals nachdrücklich.

„So?“ sagte Monsignore lang gedehnt. Die Höflichkeit verließ ihn. Er lachte wirklich. Das hatte Livia niemals ge-sehen.

Es wunderte Casapi keineswegs, daß der Prinz und die Prinzessin die Venus von Syrakus nicht kannten; sehr viele, sehr gebildete Menschen kannten sie nicht, doch die Harmlosigkeit, mit der Livia diese erlesene Schönheit für sich in Anspruch nahm, entzückte ihn. „Sie muß es selbst am besten wissen,“ dachte er und setzte sich froh bewegt in die hellblaue Kutsche. Ganz vorsichtig begann er der empörten Livia auseinanderzusetzen, daß diese Statue dennoch nicht sie selbst sei, sondern wirklich ein sehr altes Kunstwerk — bis auf den Kopf und die Hand.

„Ich weiß es nicht, ich weiß es nicht,“ jammerte der Prinz.

Casapi bedauerte ihn.

Da ganz Rom lachte, mußte man einen hängen! Das konnte nur jener Entführer sein. Hatte man ihn erst, dann würde es sich ja finden, ob man auch für die Prinzessin einen seidenen Strick drehen konnte.

Er würde schon reden, dieser Jüngling aus Palermo. Vor ein recht breites Tribunal mußte man ihn stellen, da würde sein Mut schließlich in ein Mausloch kriechen.

Doch Mut hatte das Büchlein, das mußte man ihm lassen.

Der Raub, die heimlich belauschte Prinzessin — wie sie selbst es darstellte! — das war schlimmer als Susanne im Bade: es war eben eine öffentliche Angelegenheit, deren man sich gründlich annehmen mußte.

Am meisten aber hegte Livia selbst. Wahre Feuerströme gingen von dem verschlafenen Palaste des alten Prinzen aus.

Zur hohen Befriedigung aller waren denn auch die Hächer schon unterwegs.

Die mit schwingvoller Phantasie dachten es sich etwa so, daß Renzo zunächst einmal in Ketten durch ganz Rom ge-führt werden mußte.

Sonderbar war nur das eine: in Renzo selbst verblaßte das Erlebnis. Er hatte seine Zeichnungen und das Ton-

modell zum Kopfe der Venus nach Montreale geholt, er wußte, es war nicht unmöglich, diese Arbeit noch einmal zu machen. Doch jetzt konnte er nicht daran denken, denn alles, was tief in ihm lebte, gehörte der neuen Aufgabe, und Vater Matteo steigerte ihn noch mehr in diese Glut hinein. Er spürte mit großer Freude, was in diesem wilden Burschen steckte, und da, er die Dinge dieser Welt von einer höheren Warte aus betrachtete, erschien ihm der Raub zwar verwegen, doch auch wieder unschädlich. Vor allem hatte es dem jungen Menschen sozuzagen die Lebensader angeschlagen, und Künstler im Sinne des tüchtigen und gedankenvollen Priors der Benediktiner liefen selten in der Welt herum. So war er denn recht ruhig und dachte, die Kirche hätte einen langen Arm.

Zwar erwies sich nach einigen Wochen, daß er nicht lang genug war, um Roms hochgehende Wogen zu dämmen, denn vier barsch aussehende Männer in Uniform machten ihm klar, daß er ihnen Renzo Adriani auszuliefern hätte.

Sie sprachen zwar ehrfurchtsvoll, doch bestimmt.

Vater Matteo hörte ihnen in gelassenem Staunen zu. Er ließ Renzo rufen, der mit einer hilflosen Gebärde an seine Beichte erinnern wollte.

Nein, das war nun ein Gebiet, das kein Gedanke be-rühren durfte; Renzo blieb nichts anderes übrig, als die ganze Geschichte nochmals zu erzählen. Vater Matteo schüttelte immer wieder den Kopf, was für die Hächer so viel hieß, als daß dieser würdige Mann nicht ahnte, was für eine Schlange er an seinem Busen genährt hatte.

Das Ende war kläglich; Renzo wurde gefesselt aufs Schiff gebracht. In der Tasche seines Begleiters — die drei andern Uniformierten waren Gewaltige aus Palermo — steckte ein Brief an den Prior der Benediktiner in Rom. Das war Renzos einziger Trost.

Er hatte nun lange Zeit, sich mittelalterliche Bräucher vorzustellen, doch bisweilen vergaß er es.

Die Sonne ließ ihre glanzvollen Fanfaren erschallen, ganz gleich, ob einem armen Sünder das Herz zu einer Ruh zerrammte schrumpfte — und da sich der Glanz auf ein so herrliches Land ergoß, wie das zwischen Neapel und Rom, konnte es gar nicht ausbleiben, daß auch Renzos sorgenvolle Gedanken immer bleichfuchtiger und schwächer wurden. Bis-weißen lösten sie sich in ein Nichts auf, dann erwachte sein Herz.

(Fortsetzung folgt.)

Der Unfug der Verbandspreise.

Wie der Verbraucher ausgenutzt werden soll.

Die überaus große Zahl der Kartelle und Syndikate hat immer wieder hohe Verbandspreise zum Schaden der Verbraucher festgesetzt. Namentlich aber während der Inflationszeit hatte der Unfug der Verbandspreise einen bedrückenden Umfang angenommen, so daß die Behörden, und besonders das Landespolizeiamt wiederholt dagegen einschreiten mußte. Kartelle und Syndikate schreiben einfach, ganz gleichgültig, ob gerechtfertigt oder nicht, ihren Abnehmern einen Preis vor, den sie den Kunden abverlangen müssen. Weigert sich der betreffende Abnehmer, diesen Preis sich im Laden bezahlen zu lassen, wird ihm die weitere Lieferung der Ware gesperrt. Ist er aber außerdem noch Mitglied der betreffenden Interessengemeinschaft, wird er vom Verband zu allem noch wegen Vertragsbruchs verklagt und meistens auch verurteilt. Um diesem Unfug der übermäßigen Kartelle und Syndikate zu steuern, ist Ende des verflohenen Jahres das Kartellgesetz erlassen worden, sind die Kartellgerichte eingerichtet, die den Kartellen und Syndikaten scharf auf die Finger sehen sollen. Es ist dabei zu beachten, daß Verbandspreise keinesfalls als gesetzliche Preise angesehen werden dürfen und nur dann Gültigkeit haben, wenn sie auf einer genauen und einwandfreien Kalkulation beruhen.

Der Unfug der Verbandspreise blüht indessen lustig weiter, und ein besonders trasser Fall wird uns mitgeteilt. Die Arbeitsgemeinschaft des Berliner Briefleithandels G. m. b. H. hat von der Kohlenfirma Pödzumweit, Gleimstr. 62, verlangt, daß diese, die die gesetzlich zugelassenen Preise von 1,15 und 1,30 M. pro Zentner Briefleits zu den Kunden nahm, die Preise um 30 Pf. für den Zentner erhöhe. Als die Firma dieses durchaus ungesetzliche Ansinnen ablehnte, hat die Arbeitsgemeinschaft mit der Sperre der weiteren Belieferung gedroht und die Firma Pödzumweit wegen Kontraktbruchs verklagt. Das ist ein unerhörtes Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft, durch das die Kohlenpreise für den Verbraucher ganz gewaltig gesteigert werden. Hoffentlich scheidet das Kartellgericht hier mit aller Energie ein.

Zum Frauenmord in der Leibnizstraße.

Der geheimnisvolle „Bruder“ der Laten.

Der Frauenmord in der Leibnizstraße ist insofern aufgefärbt, als nach der neueren Feststellung ein Raubmord vorliegen muß. Von einem Verbrechen aus sexuellen Beweggründen ist keine Rede. Geraubt sind 200 Goldmark in Silbermünzen und 32 amerikanische Dollar. Diese gehörten dem Untermieter der Frau Köster, einem Tennislehrer, der eines der Zimmer mit seiner Frau bewohnte. Die Frau Köster wurden vor etwas mehr als 6 Tagen etwa 50 M. entwendet, als er vergesslich hatte, seine Kasse zu verschließen. Er hatte Verdacht auf den angeblichen Bruder oder Stiefbruder seiner Wirtin, der damals schon bei Frau Köster aufhielt, traute sich aber nicht, es gleich seiner Wirtin zu sagen. Später tat er es dennoch, und die Frau geriet darüber in große Aufregung. Als nun der Untermieter vor einigen Tagen mit seiner Frau nach Nürnberg verreiste, fragte er einen Freund, ob er ihm nicht die Kasse, die jetzt 200 Goldmark und 32 Dollar enthält, aufbewahren wolle. Der Freund riet ihm jedoch, sie Frau Köster in Verwahrung zu geben, um sie nicht zu fränken. Das geschah dann auch. Bei einer erneuten Durchsichtigung der Wohnung fand man nun diese Kasse, die zunächst vermist wurde, in dem Schlafzimmer der Ermordeten auf einem Schrank. Sie war aber erschrocken und leer. Die Kasse befand sich in einem weißen Schuhkarton. Darin lag auch noch ein Etui mit einer goldenen Armbanduhr, die der Frau des Untermieters gehörte.

Die Durchsichtigung förderte auch das Werkzeug zu Tage. In der Küche stand unter dem Fenster eine kleine Bank, wie man sie beim Stiefelputzen benutzt. Unter dieser Bank in einer Ecke stand an die Wand gelehnt der mit Blut besudelte Hammer, mit dem die tödlichen Schläge geführt sein müssen. Die Persönlichkeit des „Bruders“ konnte noch nicht festgestellt werden. Ob er früher die 50 M. entwendet hat oder ein Gelegenheitsdieb, der sich irgendwie Zutritt verschafft haben mag, weiß man nicht, ebensowenig ob er für den Mord als Täter in Betracht kommt. Nach dem Ergebnis der Ortsbesichtigung, an der auch Professor Dr. Brüning als Sachverständiger teilnahm, hat Frau Köster wahrscheinlich auf einem Stuhl vor einem kleinen Tisch am Fenster gesessen, als der Mörder in das Zimmer kam. Sie stand auf und ging ihm entgegen. In diesem Augenblick versetzte er ihr mit dem Werkzeug, das er in der rechten Hand hatte, den ersten Schlag auf die linke Schläfe. Während sie hinfiel, schlug er ihr auf den Hinterkopf. Darauf ließen die Blutspitzer an der kleinen Tischplatte klirren, die etwas herabgefallen war. Den zweiten Schlag auf die linke Schläfe hat der Mörder geführt, als sein Opfer schon am Boden lag. Wertwürdig ist, daß er den Kopf der Ermordeten sorgsam auf ein Kissen gebettet hat, bevor er die Leiche in den Leppich einrollte. Die Leiche wurde vorgestern nachmittag in der Halle zu Charlottenburg von dem Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch obduziert. Das Ergebnis war die Feststellung, daß der Tod durch Zertrümmerung der Schädeldecke und Durchschlagung der Hauptader an der linken Schläfe eingetreten ist. Die Schädeldecke wurde zu genauerer Untersuchung zurückgehalten. Aus den tiefen Wunden muß sehr viel Blut gestossen sein, das beim Auffinden der Leiche nicht mehr vorhanden war. Der Mörder muß also eine große Menge sorgfältig aufbewahrt haben. Würgemale wurden an dem Hals nicht gefunden. Weitere Mittelungen zur Aufklärung nehmen die Kriminalkommissare Geißel und Johannes Müller im Zimmer 86 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Nur nicht nachwiegen . . .

Die Schwierigkeit der Kohlenbeschaffung hatte im vorigen Jahre der Händler Max Böckel ausgenutzt, um sich eine sehr ergiebige Einnahmequelle zu verschaffen. Böckel betreibt in der Luststr. 14 in Reutheim ein Kohlengeschäft, hat aber keinen eigenen Lagerplatz. Er suchte Privatleute in Berlin auf, von denen er Bestellungen auf Kohlen entgegennahm. Dann mietete er eine Fuhrwerk und kaufte auf den Kohlenplätzen die bestellten Brennmaterialien ein. Da die Kohlenpreise bekanntlich durch Richtpreise feststanden, konnte ihm auf diese Weise kein Verdienst übrigbleiben. Böckel wußte sich aber zu helfen. Er lieferte seinen Kunden nur die Hälfte bis zwei Drittel der in Rechnung gestellten Kohlenmenge. Die Wiegekarre stellte er sich selbst mit Hilfe eines Typenstempels aus. Den Abnehmern fiel natürlich sehr häufig auf, daß die gelieferte Menge mit dem angeblichen Gewicht nicht in Einklang zu bringen war. Einem Kunden, dem er statt 90 Zentner Briefleits nur 30 Zentner vor das Haus gebracht hatte, verweigerte er das Recht des Nachwiegens, so daß dieser die Annahme absahnte. Es lagen eine ganze Reihe von Betrugsfällen vor und das Schöffengericht Wedding hatte den Angeklagten zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Auf die vorgelegte Berufung ermäßigte Landgerichtsdirektor Siegert mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte bisher mit dem Strafgesetzen noch nicht in Konflikt geraten war, das Strafmaß auf 1 Jahr Gefängnis. Der Angeklagte wurde jedoch weiter in Haft behalten.

Durch den Verlust einer schwarzen Aktentasche aus Leder wurde ein Angestellter des Vereins „Berliner Presse“ schwer geschädigt. Der Betreffende besaß sich zumeist Ablieferung des in der Tasche befindlichen Geldes an unterstützungsbedürftige Mitglieder resp. alte Leute auf seinem Wege in Tempelhof, als vor dem Hause Berliner Straße 132 das Pferd eines Gemütskranke schaute und

durchging. Bei dem Versuch, der drohenden Gefahr zu entgehen, geriet der auf seinem Hade befindliche Angestellte in ein Gedränge und mußte später zu seinem Schrecken wahrnehmen, daß ihm die Tasche abhanden gekommen war. Der Verlust trifft den Verlierer um so härter, als er erspürlich ist. Es ist beachtet worden, wie ein Unbekannter mit der Aktentasche im Gewühl verschwunden ist. Dieser wird gebeten, die Tasche sofort bei dem Verein Berliner Presse, B. 30, Raasensstr. 15, abzuliefern.

Emil Boeske †

Nach langem Siechtum erlosch der Tod einen treuen Kämpfer der Berliner Arbeiterbewegung von seinem Leiden: Emil Boeske. Er erreichte nur ein Alter von 58 Jahren. Durch das lange Siechtum war sein Körper so zermürbt, daß er sich in den letzten Jahren aktiv nicht mehr an der Bewegung beteiligen konnte. So war er gezwungen, abseits der Front zu stehen. Sehr zu seinem Leidwesen. Ein echter Sohn des Volkes. Ihm zu dienen, so lange seine Kräfte es zuließen, war seine höchste Aufgabe, der er sich jederzeit freudig und stets opferwillig widmete. Schon in jungen Jahren verließ er als reisender Tischlergehilfe seine westpreussische Heimat. Er kam u. a. nach Frankfurt a. d. Oder. Hier erwarb er sich die ersten Sporen im Dienste des Proletariats. 1893 begründete er dort die Zählstelle seiner Gewerkschaft, des Holzarbeiterverbandes, deren Leitung ihm übertragen wurde. 1896 wurde er Vorkämpfer des Gewerkschaftsartikels. Das Bos, das so vielen Klassenkämpfern zuteil wurde, ereilte auch ihn. Er mußte Frankfurt verlassen. Bei den Unternehmern hatte er sich durch sein entschiedenes Eintreten für die Wahrnehmung der Interessen seiner Kollegen dermaßen verhasst gemacht, daß ihm jede Arbeitsmöglichkeit verweigert wurde. Berlin war sein Zuflucht. Und hier fand er ein großes Arbeitsfeld vor. Mit glühender Begeisterung widmete er sich den neuen Aufgaben, die seiner harrten. Der Partei und der Gewerkschaft diente er mit gleicher Hingebung und Energie. Seine Kollegen betrauten ihm im Jahre 1897 mit dem Amte eines Brandenleiters, eine Tätigkeit, die er bis zum Jahre 1902 ausübte. Während dieser Periode führte er die zahlreichen Lohnkämpfe der Holzarbeiter. Raum in Berlin Boden gefaßt, wurde er im Jahre 1898 zweiter Gauvorsitzender des Gaues Brandenburg des Holzarbeiterverbandes. In dem gleichen Jahre wählten ihn die Parteigenossen von Teltow-Beesow-Charlottenburg zu ihrem Kreisvertrauensmann. In dieser Eigenschaft widmete er sich besonders der Landagitation. Seiner volkstümlichen, humorvollen Darstellung verbandte er monotonen Erfolg. Lange Jahre kandidierte er im Wahlkreis Ruppiner-Tempelhof für die Partei zum Reichstago. Als im Jahre 1906 die Berliner Parteiorganisation sich zum Verband der Holzvereine zusammenschloß, wählten ihn die Parteigenossen zum besoldeten Kassierer. Das Amt verwalte er bis zum Jahre 1913. Während dieser Amtszeit erfolgte er eine rege Tätigkeit in seinem Wohnort, dem alten Nibdorf, sowie im Kreise Teltow-Beesow. Wenn Emil Boeske in kurzer Zeit in Berlin unter seinen Kollegen und Parteifreunden so schnell Beträuen gewann, so nur durch die seltene Hingabe an der großen Sache des Proletariats. Vor seiner Arbeit schredte er zurück. Keine Mühe und kein Opfer scheute er. Vor Kriegsausbruch erlitt er zum erstenmal einen Schlaganfall. Von da ging es bergab mit seiner Gesundheit. In den letzten Jahren war er ein gebrochener Mann.

Wie dankt die Berliner und Brandenburger Arbeiterbewegung dem Verstorbenen. Unermüdet hat er an ihrem Aufstieg gearbeitet und zu ihrer stolzen Höhe beigetragen.

Taubstumme im Gerichtssaal.

Eine eigenartige Szene spielte sich vor der Schöffengerichtsabteilung für Privatklagen des Amtsgerichts Mitte ab. Als Kläger und Beklagte traten Taubstumme auf, der ganze Zuhörerraum war von Taubstummen besetzt, und im Korridor warteten annähernd 30 Taubstumme auf ihre Zeugenvernehmung. Mit ihrer Gebärdensprache redeten Kläger und die beiden Angeklagten lebhaft aufeinander ein, und auch das taubstumme Publikum beteiligte sich in der gleichen Weise sehr temperamentvoll an den Verhandlungen, so daß es keineswegs stumm und kaulos im Gerichtssaal zuzug. Veranlaßt war die Klage durch einen Wirtshausstreit. In einem Café, in dem nur Taubstumme verkehren, war unter zwei Gästen, beides verheiratete Männer, Eifersucht wegen einer ebenfalls taubstummen Frau entbrannt. Der Streit artete in eine Schlägerei aus, und die unstrittige Schöne hatte für einen der beiden rivalen Partei ergriffen und diesem geolfen, den persöhnlichen Liebhaber obenrand zu verprügeln. Das Liebespaar mußte sich nun wegen Beleidigung verantworten. Der Kläger wollte in dem Nebenbuhler auch den Verfasser mehrerer anonymen Schmähbriefe erblicken. Infolgedessen nötigte der Vorsitzende den Angeklagten, im Gerichtssaal eine Schriftprobe zu machen. Die mitangeklagte Frau, der Anzeipunkt: Des ganzen Streites, bedeutete im Laufe der Verhandlung dem Kläger durch entsprechende Gebärdensprache, daß er sich an die eigene Nase fassen solle, was, als der Vorsitzende sich durch den Dolmetscher die Bedeutung dieser Zeichen erklären ließ, allgemeine Heiterkeit erregte. Schließlich gelang es den vereinigten Bemühungen des Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Hausmann, und des R. A. Dr. Kurt Rosenfeld, einen Vergleich zwischen den Parteien herbeizuführen, so daß die Klage zurückgenommen wurde.

Die Regelung der Müllabfuhr in Berlin.

Das Stadtverordneten- und Stadtrat hat an die Berliner Grundstücksbesitzer eine Anfrage gerichtet und um Mitteilung gebeten, wie viel selbständige Hausabfuhrungen auf jedem Grundstück vorhanden sind und wieviel Personen dauernd auf dem betr. Grundstück wohnen. Für die Beantwortung der beiden Fragen ist eine vorgegedruckte und frei gemachte Postkarte beigesetzt. Die Umfrage ist nötig, um die Grundstücke mit einer ausreichenden Anzahl Müllgefäße zu besetzen. Die Grundstücksbesitzer werden gebeten, die beiden Fragen zu beantworten. Grundstücke, für die die Beantwortung der Fragen abgelehnt wird, müssen eingeschätzt und hiernach die Zahl der Gefäße bestimmt werden. Bei einer Schätzung werden sich Anstände nicht immer vermeiden lassen, was nicht im Interesse des Grundbesitzers liegen dürfte.

Antennen, Blitzgefahr und Feuerversicherung. Die Deputation für die städtische Feuerzuzahlung teilt folgendes mit: Die städtische Feuerzuzahlung von Berlin entschädigt Blitzschäden dann nicht, wenn sie durch Nichtvorhandensein der vorgeschriebenen Erdbahn bei Antennenanlagen verursacht worden sind. Vorschriftsmäßig geerdete Antennen fallen jedoch nicht unter diese

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 23. Juli.
Tageseintellung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
7.30 Uhr abends: Märchen (Jugend-Vortrag). 8 Uhr abends: Vortrag des Schriftstellers Herrn Erich Köhrer: „Badeleben am Rhein“. 9—11 Uhr abends: Blas-Orchester (Dirigent: Kapellmeister Karl Weitzsch). 1. Einsatz der Gladiatoren. Marsch, Jul. Fuick. 2. Ouverture zu „Kallif von Bagdad“. A. Boieldieu. 3. Mondnacht auf der Alster. Walzer. Fétra. 4. Das Grab auf der Heide. Lied. Wilh. Heiser. 5. Paolcaltanz. G. Meyerbeer. Während der Pause: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitanzeige. Wetterdienst. Sportnachrichten. 6. Krönungsmarsch aus „Der Prophet“. G. Meyerbeer. 7. Erinnerung an Richard Wagners „Tannhäuser“. Hamm. 8. Largo. Händel. 9. Traumbilder. Fantasie. Lumbye. 10. Unter Brief und Siegel. Marsch. A. Becker.

Bestimmung. Die Feuerzuzahlung wird Versätze gegen die vorgeschriebene Erdbahn der Antennen durch systematische Nachprüfungen feststellen lassen.

Nie wieder Krieg.

Die Kundgebungen im August.

Der Aktionsauschuss „Nie wieder Krieg“ mit den ihm angeschlossenen Verbänden ruft auch in diesem Jahre wiederum für den ersten Sonntag des August zu Kundgebungen für den Weltfrieden in allen Teilen des Reiches auf. Die Veranstaltungen, die durch die zehnjährige Wiederkehr der Lage des Kriegsausbruches ihre besondere Bedeutung erhalten, können wegen des Verbotes von Demonstrationen unter freiem Himmel nur in Sälen abgehalten werden. Sie finden am Sonntag, den 3. August, vorm. 10 Uhr, im Süden in der „Neuen Welt“, im Nordosten im „Saalbau Friedrichshain“ und im Norden in der Versuchs- und Lehrbrauerei, Seest. 15, statt. Die Feier in der „Neuen Welt“ ist besonders den Interessen der Kriegsoffer im Rahmen des Reichsbundes der Kriegsbekämpften gewidmet. An diese Veranstaltungen schließt sich am Montag, den 4. August, 8 Uhr abends, im Großen Saal der „Neuen Welt“ unter Vorbehalt der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ eine Kundgebung „Deutschland — Frankreich — Nie wieder Krieg“. Am 3. August wird u. a. für die französischen Friedensfreunde der Abg. Marius Moutet-Paris sprechen.

Drohender Haussturz. Gestern vormittag um 9^{1/2} Uhr wurde die Feuerweh nach dem Grundstück Tegeler Straße 8 gerufen, weil das dortige Gebäude einzustürzen drohte. In den Räumen hat die Firma Fischer größere Mengen Häcksel gelagert. Infolge starker Belastung eines Wiedelpfeilers hatten sich mehrere Balken gelockert und das Mauerwerk zeigte starke Risse. Die Wehr beseitigte jede Gefahr.

Feuer auf der Rennbahn im Grunewald. Die Rennbahn im Grunewald brannte am Dienstag in einer Ausdehnung von etwa 800 bis 1000 Quadratmetern. Die Charlottenburger Feuerwehre löschte die Flammen mit zwei langen Schlauchleitungen und durch Aufwerfen von Gruben in verhältnismäßig kurzer Zeit.

Zu dem großen Falschmünzer-Prozess. Über den wir kürzlich berichteten, teilt uns der Vater des zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilten Technikers Erwin Schulze, der Schlosser Christian Schulze aus der Markusstraße 3, mit, daß er von dem Treiben seines Sohnes keine Kenntnis gehabt habe, daß die Herstellung der falschen Banknoten nicht in seiner Wohnung erfolgt sei, zum mindesten aber nicht mit seinem Wissen oder Einverständnis.

Papiermark im Postgeldverkehr dürfen von nächster Woche an bis zu einem Betrag von 50 Mark bei Einzahlung auf Postanweisungen, Postwechseln usw. angenommen werden. Ein entsprechender Beschluß der Reichspostverwaltung steht bevor und wird noch veröffentlicht werden.

Die Not der Kinder Berlins, besonders in den nördlichen und östlichen Bezirken steigt infolge der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr. Die freie Wohltätigkeit und die Gemeinde tun ihr Möglichstes, um den Folgen der Wirtschaftskrise, Hunger und Krankheit dadurch abzuwehren, daß sie in der Sommerzeit eine möglichst große Anzahl der Kinder zur Erholung und Kräftigung auf das Land hinaus schicken. Leider ist es aber nur möglich, einen geringen Teil dieser Kinder zu verschicken, so daß noch Tausende auf jegliche Erholung und Freude verzichten müssen. Um den Kindern des Nordens und Nordostens eine Abwechslung und Freude zu gönnen, veranstaltet das Jugendamt Prenglauer Berg am 26. Juli auf dem ehemaligen Gezierplatz an der Einmündung Pappel, Rudolf-Wolke-Straße, ein Volkskinderfest. Als Eintritt ist der geringe Betrag von 10 Pfennig für Kinder, wofür jedes Kind eine Wippe und eine Stofflaternen erhält, und 50 Pfennig für Erwachsene festgesetzt worden.

Das Nachrichtenblatt der Reichsstelle für das Auswanderungswesen (Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41), das jetzt im 6. Jahrgang erscheint und eine Fülle von Nachrichten über Land, Volk, wirtschaftliche Verhältnisse der Fremde, aber gezielte Bestimmungen usw. bringt, ist neuerdings zum 14. Jahrgang erschienen. Der Inhalt ist nun auch die Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung gekommen, so daß jeder, der in Auswanderungsangelegenheiten Rat suchen oder erteilen will, ohne den Bezug des Nachrichtenblattes unentgeltliche Geld- und Zeitverluste haben wird. Probenummern kostenlos.

Schweres Dampferunglück vor New York. Der Dampfer „Boston“, der vierhundert Passagiere an Bord hatte, wurde bei Rhode-Island gerammt. Vier Passagiere wurden bei dem Zusammenstoß getötet, eine größere Anzahl wird vorläufig vermist, da die Boote im dichten Nebel nicht auffindbar sind.

Der Burenführer Marth, der während des Krieges den Versuch unternahm, in Südafrika einen Aufstand herbeizuführen, ist jetzt in Freiheit gesetzt worden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Gesellschafts-Belle: Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III.
Samstagsabend 7 Uhr, bei Rad. Raasensstr. 15, Ed. Schillingstr., Zusammenkunft. — Samstagsabend 8 Uhr abends, am Mittwoch, den 23. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant Wilmersdorfer Stadt, Kaiser-Str. 11, Mittelbernerstr. 11. — Samstagsabend 8 Uhr abends, am Donnerstag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Kur Linde“, Tempelhof, Friedrich-Ring, 24. — Samstagsabend 8 Uhr abends, am Donnerstag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Kur Linde“, Tempelhof, Friedrich-Ring, 24. — Samstagsabend 8 Uhr abends, am Donnerstag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Kur Linde“, Tempelhof, Friedrich-Ring, 24.

Die „Rechtlichen Sängere Vöhring“ veranstalten am Donnerstag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, ein Freiluftkonzert im Stadtpark, Lichterberg. Verkauf. Uebungsbunde der „R. S. V.“ jeden Donnerstag von 8 bis 10 Uhr, im Joha-Neulandgymnasium, Markische.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Dienstag, den 22. Juli:
1. Rennen. 1. Nobelmann (Teichmann), 2. Randarin (Mastenberger), 3. Labrador (Diehl). Toto: 24 : 10. Platz: 13, 14, 25 : 10. Ferner liefen: Antelope, Fa capo, Abendwind, Escort.
2. Rennen. 1. Echnopus (Mastenberger), 2. Domalode (Quagenin), 3. Nello (D. Schmidt). Toto: 21 : 10. Platz: 14, 17 : 10. Ferner liefen: Orma, Naja.
3. Rennen. 1. Mumbly (Kosak), 2. Mädchenjäger (D. Schmidt), 3. Schneckberg (Miers). Toto: 502 : 10. Platz: 58, 16, 51 : 10. Ferner liefen: Licht Uiberich, Berlinischer, Gebria, Dinkel R., Chartraue II, Bellebone, Mänade, Doktor, Geimaltreuer, Barliker, Robonda.
4. Rennen. 1. Hügger (Nentisch), 2. Ranilus (D. Schmidt), 3. Barbano (Lortz). Toto: 58 : 10. Platz: 26, 15 : 10. Ferner liefen: Trümmer, Meerheil.
5. Rennen. 1. Baffe (D. Schmidt), 2. Leda (Diehl), 3. Rina II (Urban). Toto: 23 : 10. Platz: 13, 11 : 10. Ferner liefen: La Ramora, Uebing, Wessina.
6. Rennen. 1. Lantjunge (G. Larraz), 2. Vellon (D. Schmidt), 3. Kamen (Frangis). Toto: 15 : 10. 8 liefen.
7. Rennen. 1. Bolnar (Kosina), 2. Rämmergerler (Lortz), 3. Wessina (G. Bauer). Toto: 60 : 10. 3 liefen.

Arbeitersport.

Der A. V. C. Ober 1912 ist am Sonntag, den 20. Juli, auf der Fahrt zum Arrisrufersee nach Spandau vormittags zwischen 9 und 10 Uhr auf der Ring- über Borsbrunn in schwerer Doppelkollision mit ein Booten fast neugelagert unterer ruderer ruderer ruderer verunglückten. Wir bitten den schuldigen Fahrer, diese ersten Erhaltungsmittel für Unfälle und Behebung im Lokal von Hermann Schulz, Berlin R. 20, Schönebergstr. 156, abzugeben. — A. V. C. Ober 1912 ist am Sonntag, den 20. Juli, abends 7 Uhr, auf dem Adlersplatz, Christianstrasse, Ed. Geitzke.

Arbeiternachwuchs und Produktionssteigerung.

Der Wirkungsgrad von Industrie und Handwerk wird nicht nur bestimmt durch Zahl und Güte der Maschinen und Vorrichtungen, sondern vor allem auch durch das Wissen und Können und durch die Persönlichkeit der in ihr arbeitenden Menschen.

Prof. Matzsch auf der diesjährigen Tagung des Reichs-Laboratoriums für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handwerk.

Folgt man die heutigen Bestrebungen der Reaktion im Unternehmertum aller Richtungen zusammen, so kann man sie auf einen Generalnenner bringen: Mehr Arbeitszeit, weniger Lohn. Die schematische und oft geradezu stupide Form, in der diese Forderung erhoben wird, die Abteugnung aller wissenschaftlichen Forschung und aller praktischen Versuche, die den inneren Widerspruch dieser Auffassung erweisen, läßt die Vermutung aufkommen, daß wir uns bereits mitten in einer Periode schlimmer Sozialreaktion befinden. Der Mensch gilt weniger als die Maschine. Der Techniker, der die Pflege und Wartung des ihm anvertrauten Maschinenmaterials vernachlässigt, der ihr nicht genügend Heizung zuführt, würde mit Recht als Pflücker angesehen werden. Der Techniker, der die Arbeitskraft als Nebenfähigkeit ansieht, der Wissenschaftler, der die Vernunftstunde mit den sozialen Grundanschauungen gebrochen hat und die lukrativere Heirat mit der Unternehmerpolitik eingegangen ist — sie gelten heute als die großen Nummern. Die Arbeit eines Bosch, eines Ford, eines Abbe, ja selbst eines Krupp, die alle gute Arbeit nur von einem Arbeiterstamm erwarten, dem man gewisse soziale Zugeständnisse machte, sie ist heute abgetan. Niedrige Löhne — und dazu noch Lebensmittelpreise, die den Reallohn vollends vernichten, den Zehn-Stundentag, der bei der heutigen Wohnungsverteilung und den weiten Entfernungen vom Heim bis zur Arbeitsstelle oft ja meist den gänzlichen Verzicht auf Freiheit, Erholung und geistige Erbauung bedeutet, verlangt man heute mit derselben Ueberheblichkeit, mit der man vor mehr als einem halben Jahrhundert die Verwahrlosung der heranwachsenden Jugend in nächstlicher Fabrikarbeit mit christlicher Nächstenliebe begründete.

Dabei ist man sich in Unternehmerkreisen der Gefahren, die ein Raubbau mit der Menschenkraft mit sich bringt, wohl bewußt, sobald unmittelbare Schädigungen der Betriebe daraus erwachsen. Ein Musterbeispiel dafür boten die diesjährigen Verhandlungen des Reichs-Laboratoriums für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handwerk, das am 20. Juni tagte und in einer Reihe von Vorträgen die außerordentlich wichtige Frage behandelte, wie der hochwertigen Arbeit, für die es trotz der Krise des Arbeitsmarktes in letzter Zeit wiederholt an Arbeitskräften mangelte, ein ausreichender und leistungsfähiger Nachwuchs gesichert werden soll. Da das Behelfswesen nur einen Ausschnitt aus der ganzen Arbeiterfrage und mit ihr zugleich aus der Frage der Produktionsgestaltung überhaupt darstellt, fiel bei diesen Verhandlungen manches Wort, das weit über den engen Rahmen des Beratungsgegenstandes hinaus Bedeutung hat. Daher verdienen die Referate die besondere Beachtung der gesamten Arbeiterschaft.

Die Ausbildung des Metallarbeiters.

Auf der genannten Tagung hat u. a. Professor Loussaint einen Vortrag gehalten, in dem er sich sehr eingehend mit der Ausbildung des Arbeiternachwuchses in der mechanischen Industrie beschäftigte. Seine Ausführungen waren für viele Zuhörer eine harte Anklage. Sie gingen von der Erkenntnis aus, daß die Wirtschaftlichkeit jeder Arbeit gesteigert wird, wenn es gelingt auch die seelischen Kräfte mobil zu machen, so

daß der Arbeiter Freude an seinem Schaffen empfindet. Er wendet sich dagegen, daß Anordnungen in Befehlsform gefeindet werden und verlangt, daß alle Unterweisungen so gestaltet werden, daß der Arbeiter Sinn und Ursprung erkennt. Er ist sich andererseits auch klar darüber, daß der Arbeiter immer wieder das Gefühl haben wird, daß alles das, was von ihm im privatkapitalistischen Betriebe gefordert wird, lediglich auf seiner Ausbeutung hinauslaufe. Es wird sehr schwer sein, den Arbeiter in einer kapitalistischen Wirtschaft vom Gegenteil zu überzeugen, und auch in einer sozialistischen Wirtschaft würde diese Einstellung noch nachklingen. Loussaint sagt, daß überhaupt vielfach der Fehler gemacht werde, daß man den Lehrling in praktischer und geistiger Hinsicht nur gerade das gibt, was er zu seiner Ausbildung braucht.

Dieses Verfahren ist durchaus falsch, und es muß ausdrücklich betont werden, daß ein Dreher, der nie Schlosserarbeiter ausgeführt hat, ebensowenig für neuzeitige Fertigung brauchbar ist wie ein Schlosser, der nie an einer Drehbank gestanden hat. Jeder Dreher muß in die Arbeitsverfahren, die seiner eigentlich Arbeit vorausgehen und auch in die, die seiner Arbeit folgen, bis zu einem gewissen Grade Einblick gewinnen, damit er Verständnis dafür erlangt, antommende Werkstücke als ungeeignet zur Weiterbearbeitung zu erkennen und seine selbst erzeugten Werkstücke daraufhin zu beurteilen, ob Fehler daran vorhanden sind, die später bearbeitenden Stellen Schwierigkeiten bereiten können.

Loussaint verlangt, daß Richtlinien für die Werkstattdausbildung aller in Frage kommenden Berufe durchgearbeitet werden. Mit diesen Ausführungen aber befaßt er einen Vorwurf, dessen Berechtigung zu bezweifeln er sich große Mühe gab. Er bezeichnete es nämlich als gedankenlos und irrig, wenn behauptet werde, daß die Industrie menschliche Arbeitskräfte zu Maschinen herabwürdigte. Das einfache Zeugnis dieser Behauptung ist ebenso falsch wie ihre restlose Anerkennung. Jeder Arbeiter — und es gibt deren genug —, den man zwingt, jahraus jahraus in geisttötender Folge immer die gleichen Handgriffe zu machen, ohne daß er den Zusammenhang seiner Arbeit mit dem großen Wert, an dem er ja schließlich auch mitmacht, zu erkennen vermag, wird zweifelsohne zu einer menschlichen Maschine. Die Geistesarbeit des Einzelrichters ist von ganz besonderer Wichtigkeit für den Produktionsgang. Vielleicht liegt in der absoluten Vernichtung der entwürdigenden Form der Mechanisierung eine Art von Schuldkenntnis. Es ist anzuerkennen, daß ernsthafteste Bestrebungen vorhanden sind, der Mechanisierung des Menschen zu Leibe zu gehen. Loussaint wendet sich mit guten Gründen gegen die Ansicht, die behauptet, daß die theoretische Ausbildung der Lehrlinge in der Metallindustrie viel zu weit gehe, so daß sich die Lehrlinge später dem Technikerberuf zuwenden werden, so daß Mangel an guten Werkstattdaarbeitern eintreten müßte. Er fordert grundsätzlich die Ausbildung des Lehrlings im Maschinenzeichnen, das nicht nur auf die Sorgfalt und Sauberkeit der theoretischen Arbeit, sondern auch auf die praktische Arbeit des Lehrlings von großem Einfluß ist. Herzzerrend ist es, wenn er erklärt, daß die Schwierigkeit des Unterrichts im umgekehrten Verhältnis zur Allgemeinbildung des Hörers wächst. Er hat recht, wenn er den industriellen Werkstätten in allgemeinen ein gutes Zeugnis ausstellt. In einer sozialisierten Wirtschaft wäre es ganz selbstverständlich, daß die jungen Leute in den Betrieben in enger Verbindung mit ihrer praktischen Arbeit einen Unterricht empfangen, der sowohl ihre fachliche als auch ihre Allgemeinbildung förderte und der so den Grund legte für wahrhafte Gemeinschaftsarbeit im sozialistischen Sinne. Loussaint fordert, daß der Unterrichtsstoff sich streng an die praktische Ausbildung anschließen und möglichst in der gleichen Reihenfolge geboten werde, wie die Ausbildung in

der Werkstatt erfolgt. Den beruflichen Anforderungen muß hierbei auch im einzelnen Rechnung getragen werden. Der Mechaniker soll außer den allgemeinen Fächern insbesondere in der Physik, der Elektromechanik und in der Elektrotechnik ausgebildet werden, der Werkzeugmacher soll höhere Kenntnisse in der Mathematik aufweisen, weil er vielfach, z. B. bei der Anwendung des Sinuslineals, die Elemente der ebenen Trigonometrie beherrschen muß. Der Lehrenbauer muß, wenn er Lehren für Zahnradfräser herstellt, einige Kenntnisse von der Modulverzahnung haben. Der Dreher muß ohne weiteres in der Lage sein, die komplizierten Ueberhebungsverhältnisse auszurechnen und deshalb mit Gleichungen ersten Grades mit mehreren Unbekannten vertraut gemacht werden. Im Zeichnen müssen Mechaniker und Werkzeugmacher ganz besonders gefördert werden. Schließlich fordert Loussaint pädagogisch einwandfreie Gesellenprüfungen. Bezüglich der Meister stellt er die Forderung auf, daß sie nicht nur die Polizeiaufsicht in den Betrieben ausüben sollten, sondern als außerordentlich wertvolle Gehilfen der Betriebsleitung zu betrachten seien. Er steht sogar auch auf dem Standpunkt, daß es sehr vorteilhaft wäre, die fähigsten Meister zu Betriebsingenieuren auszubilden, weil sie den Arbeiter und seine seelische Einstellung besser kennen, als es den meisten Ingenieuren gegeben ist.

Anderer Berufszweige.

Anderer Referenten befaßte sich mit den in speziellen Berufszweigen gegebenen besonderen Ausbildungsbedingungen. Ministerialrat Schindler behandelte die Ausbildung des Arbeiternachwuchses im Handwerk und kam zu dem Schluß, daß das Lehrverhältnis im allgemeinen einer gesetzlichen Neuordnung bedürfe. Vom handwerklichen Lehrmeister verlangt er den Nachweis beruflicher und persönlicher Eignung, ehe er Lehrlinge beschäftigt. Ueber die besonderen Arbeitsverhältnisse in der chemischen Industrie sprach Dr. Schumuth. Da die chemische Industrie stark mechanisiert ist, erfordert sie zumeist ungelernete Arbeiter. Daher kann nach der Meinung des Referenten dieser Gewerbebezirk, der zu den höchstentwickelten gehört, auf eine besondere Erziehung zum Qualitätsarbeiter verzichten. Eine ausgiebige Fachbildung wird hingegen, wie aus einem Referat des Dr. Werner Marholz hervorging, in der Textilindustrie angestrebt, die trotz aller Neuerungen noch immer ein stark handwerkliches Gepräge zeigt. Durch Werkstätten, Abendkurse, Einstellung besonderer Lehrmeister will man hier die besondere Anleitung des angehenden Arbeiters erreichen. Bestimmte Erfahrungen liegen jedoch noch nicht vor, da die Versuche erst im Anfangsstadium sind.

Lehrlingsausbildung und Arbeitslohn.

Ein Thema blieb freilich bei den Verhandlungen des Reichs-Laboratoriums nahezu unberücksichtigt, nämlich der Einfluß des Arbeitslohnes auf die Geminnung von Qualitätsarbeit. Nur Herr v. Siemens erhob wieder den längst bekannten und oft wiederholten Vorwurf, daß die Tarifverträge eine besondere Begünstigung der gelehrten Arbeiter vor den ungelerneten in der Nachkriegszeit verhindert habe. Der Vorwurf ist unberechtigt, weil es von falschen Voraussetzungen ausgeht. Während der Inflation war es der Gesamtarbeiterschaft darum zu tun, wenigstens das Existenzminimum im Lohn vergütet zu erhalten. Den Arbeitgebern blieb es vollkommen unbenommen, durch besondere Zusätze die Qualitätsarbeit höher zu bewerten. Sind dessen nahmen sie den in den Tarifverträgen eingefügten Lohn des gelehrten Arbeiters als die normale Basis an und bemühten sich die notwendige Spanne zwischen dem Lohn des gelehrten und dem ungelerneten Arbeiters durch Lohnabstriche bei den letzteren herbei-

Urteilen Sie selbst!

**Kleine
Massary
2 1/2**

**CAID
Gold
3 1/2**

**Jetzt auch
die altberühmte**

Massary-Classe

→ RUND * DICK ←

in unveränderter Güte

**ROAL
extra dick
5 1/2**

**Delft
Gold
6 1/2**

Urteilen Sie selbst!

